

# Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.  
Bezugspreis monatlich 45 Pf., vierteljährlich 1,35 M., einschließlich Postgebühren. In den Abholstellen monatlich 40 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,25 M., auswärts einschließlich Postgebühren monatlich 1,40 M. Einzelnummer 10 Pf.

Die Redaktion der Volkswacht ist in Danzig, Paradiessgasse 32.  
Telefon für Redaktion und Expedition 3280.

## Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition • Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften • Telefon für Redaktion und Expedition 3280

Nr. 37 Danzig, Sonnabend den 14. September 1918 9. Jahrgang

# Platz für alle Nationen

Warum hat Kühlmann eigentlich gehen müssen?  
Der deutsche Kronprinz hat dieser Tage einem österreichischen und einem ungarischen Journalisten eine Unterredung gewährt und auf die Frage, wovon er das Kriegsende erwarte, geantwortet:

„Dass die Gegner einsehen werden, daß der kolossale Einsatz dem Gewinn nicht gleichwertig ist, daß sie nicht so viel gewinnen können, als sie dabei verlieren müssen.“

Der deutsche Kronprinz erwartet das Kriegsende also von einer sehr nüchternen und geschäftsmäßigen Einsicht seiner Gegner. In seiner Unterredung mit Dr. Friedegg vom „Neuen Wiener Journal“ gebraucht er sogar das Wort, daß wir den Krieg so lange führen müssen, bis die Gegner einsehen, daß er für sie kein „Geschäft“ mehr ist.

Und was hat Kühlmann in der Reichstagsitzung vom 24. Juni erklärt? Er sagte:

„Und ohne solchen Gedankenaustausch wird bei der ungeheuren Größe dieses Koalitionskrieges und bei der Zahl der in ihm begriffenen auch überseeischen Mächte durch rein militärische Entscheidungen alle ohne diplomatische Verhandlungen ein absolutes Ende kaum erwartet werden können.“

Diese Worte haben damals den alldeutschen Entrostungssturm heraufbeschworen. Und doch wird man sagen müssen, daß die Worte des Kronprinzen fastlich viel weiter gehen, als die des Herrn v. Kühlmann. Kühlmann erwartet den Friedensschluß nicht allein von militärischen Entscheidungen. In der Erwartung des Kronprinzen ist aber von militärischen Entscheidungen überhaupt nicht die Rede, sondern lediglich von der Einsicht des Gegners, daß die Fortsetzung des Krieges für ihn nicht mehr rentabel sein würde.

Der Entrostungssturm gegen Kühlmann begann unmittelbar im Reichstag mit einem Mißfallensmurmeln der Rechten. Darauf fuhr der Staatssekretär fort, er konnte so fortfahren:

„Unsere Stellung, unsere ungeheuren Reserven an militärischen Hilfsmitteln, an Entschlossenheit im Innern, gestatten es uns, diese Sprache zu führen.“

Das war am 24. Juni 1918, zu der Zeit, als die Deutschen an der Warne und 10 Kilometer vor Amtiens standen. Staatssekretär Kühlmann hat den richtigen Instinkt dafür bewiesen, wann die beste Zeit ist, Verständigungsreden zu halten.

Aber leider gibt es bei uns eine gewisse Art Leute, die nicht einzusehen vermögen, daß die Befundung von Friedensbereitschaft dann die beste Wirkung erzielt, wenn sie auf der Höhe des militärischen Erfolges einsetzt. Sie tobten, als der Sinnahme von Budapest das deutsche Friedensangebot folgte. Sie tobten, daß nach der siegreichen deutschen Frühjahrsoffensive Kühlmann die Herbeiführung des Friedens auf anderem als rein militärischem Wege erwartete. Wiesericht hätten dieselben Alldeutschen, die nach der Juntrede Kühlmanns Sturz durchsetzten, heute gegen seine Worte kaum etwas einzuwenden. Aber heute sind derartige Worte eben bedeutend wohlfeiler und entsprechend weniger wirkungsvoll geworden.

Es hätte uns erfreut, die Kronprinzsworte bereits im Juni als eine moralische Unterstützung des Staatssekretärs zu hören. In jenen Tagen hörten wir auch Hohenzollernworte, aber sie klangen anders. Am 16. Juni hielt der Deutsche Kaiser seine Rede vom Kampf zweier Weltanschauungen, der preußisch-deutsch-germanischen Weltanschauung von Recht, Freiheit, Ehre und Sitte, und der angellächelischen vom Götzendienste des Geldes. Und er fuhr fort:

„Diese beiden Anschauungen ringen mit einander, und da muß die eine unbedingt überwunden werden.“

Nicht ganz ebenso klingt, was jetzt, im September 1918, der deutsche Kronprinz zu dem Vertreter des „Neuen Wiener Journals“ äußert:

„Dieser Krieg ist und war in meinen Augen nichts anderes als ein Verteidigungskrieg. Ich habe diesen Krieg niemals für ein leichtes Manöver gehalten und bin niemals der Ansicht gewesen, daß wir die Feinde zerschmettern würden. Ich halte es auch nicht für wünschenswert, daß die Feinde vernichtet werden, weil auf dieser Welt Platz genug für alle Nationen ist.“

Platz genug für alle Nationen! Das ist doch etwas anderes, als der Kampf der beiden Anschauungen, vor denen eine unbedingt überwunden werden muß. — In seiner Unterredung mit dem Vertreter des Budapesters „Az Est“ begrenzt der Kronprinz auch seine Ansicht vom Sieg genauer, und auch diese Auffassung ist eine glänzende Rechtfertigung der Worte, derentwegen Kühlmann seinerzeit in die Wüste gejagt wurde. Der Kronprinz führt aus:

„Wir sprechen offen vom Sieg. Das Wort Sieg darf nicht so verstanden werden, daß wir den Feind vernichten wollen, sondern nur so, daß wir uns behaupten und nicht unterliegen lassen wollen.“

Inhaltlich bieten diese Worte nichts Neues. Es ist dies die Auffassung des Sieges, an der die große Mehrheit des deutschen Volkes entgegen dem Alldeutstum stets festgehalten hat. Im „Vorwärts“ hat fast der gleiche Satz, wie ihn der Kronprinz geformt hat, unzählige Male gestanden. Aber durch die Person des Sprechers gewinnen diese besonnenen Worte besondere Bedeutung, weil das, was vom Kronprinzen bisher in die Öffentlichkeit gedrungen ist, sich durch einen viel temperamentvolleren, gerade von den Alldeutschen beliebtesten Klang ausgezeichnet hat, zum Beispiel das bekamte: „Immer feste druff!“

Werden die Alldeutschen jetzt auch jubeln? Wir konnten bei ihnen in letzter Zeit einen gewissen Umschwung der Rede-weise beobachten. Diese Leute teilen mit einem Lloyd George wohl die schlechte Übung des großen Wortmachens, aber nicht die imposante Eigenschaft der zähen Unbeugsamkeit. Lloyd George hat in guten und schlechten Zeiten den „pölligen Sieg“ gepredigt. Unsere Alldeutschen aber verleugnen jetzt alles, was sie ehemals gefordert haben, indem sie beteuern, es sei nur „vorbehaltlich der militärischen Erreichbarkeit“ geschehen. Das Verhalten der Alldeutschen deutet wohl an, daß wir gegenwärtig in einer ernstesten Zeit leben, aber sie scheinen nicht aufgelegt, das große Geschlecht dieser ernstesten Zeit zu spielen. Sie gehören zu den Leuten, die weder in guten, noch in schlechten Zeiten Mäßigung und würdige Haltung bewahren können.

Wer freilich sich nicht bei jeder Gelegenheit unermesslichem Siegesjubel und ausschweifenden Beuteplänen hingegen hat, für den ist auch der Ernst dieser Tage leichter und besser zu ertragen. Das Volk, dem der Krieg ganz nach den Worten des Kronprinzen stets ein Verteidigungskrieg um seine Haut, um Existenz und Dasein gewesen ist, beißt beim Wachsen der Gefahr nur fester die Zähne aufeinander. Deshalb taugt es auch gar nichts, dieses Volk in Sorglosigkeit und Optimismus einzulullen, sondern je offener man ihm die Wahrheit sagt, desto besser wird es sich verteidigen, denn auch die offenste Wahrheit ist so, daß sie keinerlei Anlaß zu Verzweiflung oder Verzweigung bietet.

Mit solcher rücksichtslosen Offenheit bekämpft man auch am besten Gerüchte, die von leichtgläubiger oder böswilliger Seite ausgestreut werden und stets eine Begleiterscheinung großer Ereignisse sind. Nicht, indem man nach Clemenceauscher Manier die Gefährnisse mit „Defaitisten“ füllt, sondern indem man das Volk Tag für Tag überzeugt, daß es die ungeschminkte Wahrheit erfährt, bewirkt man, daß diese Schwärmer oder Verleumdern kein Glauben geschenkt wird. Man zeige diese Offenheit schon darin, daß man in Sprache und Ausdruck alles vermeidet, was nach Verschleiierung aussieht. Wenn zum Beispiel die Stadt X. geräumt wurde, so sage man nicht, „X. liegt vor unseren Linien“, gleich als ob die Linien stehen geblieben wären und die Stadt ihren Ort verändert hätte, sondern man sage ruhig: „X. wurde geräumt“. Solche Sprache erzeugt ebenso Vertrauen zu den eigenen Worten, wie Mißtrauen gegen unterirdisches Geplüster.

Wer das deutsche Volk kennt, wird uns recht geben in unserer Behauptung, daß die Nachahmung eines Clemenceauschen Vorbilds bei uns das schlechteste Mittel darstellen würde, um den entschlossenen Verteidigungswillen des Volkes zu heben. Allerdings verlangt der Ernst der Stunde, daß mit aller Energie und aller Schnelligkeit gehandelt wird, aber nach durchaus anderer Richtung: Die preußische Herrenhaus-Kommission trat zusammen, um das Spiel, das bisher mit dem preußischen Wahlrecht getrieben worden ist, fortzusetzen. Hier ist anzukommen! Die Regierung muß alles, aber auch das letzte drausgeben, daß hier in kürzester Zeit endlich eine Entscheidung fällt, die den gemachten Verbesserungen und den Wünschen des Volkes voll gerecht wird. Aber noch ein zweites ist zu bedenken. In dieser ernstesten Zeit hat das Volk ein Recht zu verlangen, daß seine Vertretung gehört wird. Der Reichstag gehört jetzt nach Berlin!

Wenn es nicht im Guten geht, dann muß im politischen Kampf die innere Freiheit Deutschlands durchgesetzt werden, dann muß an der Niederlage ihrer Feinde die Welt erkennen, daß ein neuer Geist in Deutschland waltet. Aus diesem Kampfe und aus diesem Siege wird das Volk neue ungeahnte Kräfte zu seiner Verteidigung schöpfen; Kräfte, die ihm ein Diplomatisieren, Bittieren und Kompromittieren mit der im Herrenhaus verfeinerten Reaktion niemals bringen kann.

## An die Partei!

Draußen stehen unsere Brüder im furchtbarsten Kampf, den sie seit Beginn des Weltkrieges zu bestehen hatten. Daher spielt unterdessen das preußische Herrenhaus ein unwürdiges Spiel mit Volksrechten.

Das Abgeordnetenhaus hat die Wahlrechtsvorlage in einer Form verabschiedet, in der auch die Regierung eine Erfüllung feierlich gegebener Versprechen nicht zu erblicken vermag. Statt aber das widerspenstige Haus aufzulösen und an die Wähler zu appellieren, hat die Regierung die Vorlage an das Herrenhaus weitergehen lassen in der Hoffnung, dieses würde sie in einer Form wiederherstellen, die der königlichen Wahlrechtsbotschaft vom 11. Juli v. J. entspricht.

Diese Hoffnung hat sich als eitel erwiesen. Die Zahl der ehrlichen Anhänger des gleichen Wahlrechts im Herrenhaus ist so gering, daß sie als ausschlaggebend nicht in Betracht kommt. Eine Minderheit will an die Stelle des bisherigen Dreiklassenwahlrechts ein Mehrstimmrecht für das Alter setzen, dafür aber die Rechte der gewählten Volksvertretung verkürzen. Die konservative Mehrheit hält an der Forderung eines berufständischen Wahlrechts fest.

Zugleich treten in der Laftache, daß sich der Herrenhausauschuss nach dreitägiger Geheimberatung gleich wieder für fünf Tage vertagt hat, Verschleppungsabsichten deutlich in Erscheinung.

Wie lange soll das arbeitende Volk Preußens und Deutschlands diesem unwürdigen Spiel noch zusehen? Wenn die Regierung in unbegreiflicher Verkennung der von der Zeit gebotenen Notwendigkeit die Erfüllung ihrer Pflicht immer wieder hinauschiebt, so muß das Volk sie nachdrücklich an sie erinnern.

Die ungeheure Mehrheit unserer Volksgenossen ist in die den Krieg gegangenen in der Ueberzeugung, daß sie nicht für die Erhaltung Deutschlands, wie es vor dem Kriege war, sondern für ein besseres und freieres Deutschland kämpfen. Durch zahlreiche Ministerreden und schließlich durch die Wahlrechtsbotschaft vom 11. Juli ist sie in dieser Ueberzeugung bestärkt worden.

Die seitdem eingetretene Wäkung hat auf den Geist des Volkes in erbitternder und tiefniederdrückender Weise gewirkt, wie uns zahllose Briefe aus dem Felde und Kundgebungen aus der Heimat beweisen. Die rechtsverweigerer des preußischen Landtags haben so durch ihr unverantwortliches Treiben die Sache des um sein Dasein kämpfenden Volkes aufs allerschwerste geschädigt. Keine Rehabilitation kann sie von der Anklage entlasten, in einer Stunde geschichtlicher Verantwortung ihr beschränktes Standesinteresse über die Lebensnotwendigkeit des Ganzen gestellt zu haben.

Indem sie die Sache der Verteidigung schädigen, schädigen sie auch die Sache des Friedens. Denn es ist für die Kriegsverlängerer von drüben nicht schwer, Haß und Mißtrauen gegen das Deutsche Reich und seine Einrichtungen zu erregen, wenn im größten deutschen Bundesstaat dem Volke ein Recht verweigert wird, das ihm sonst in keinem Lande der Welt vorzuenthalten geblieben ist. Es ist kein Zufall, daß dieselben Kreise, die die Sache des Friedens auf solche Weise schädigen, durch die Aufstellung unsinniger Eroberungsziele Mischuldige an der Verlängerung des Krieges geworden sind.

Nur durch entschlossenen Kampf gegen den verdeckten Geist eines Herrenhaus, das nach außen auf das Volk

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei und die Generalkommission der Gewerkschaften haben an den Reichstagspräsidenten in der Frage des Ernährungswesens die folgende Denkschrift gerichtet:

# Denkschrift über die Mängel der Lebensmittelversorgung an den Reichstagspräsidenten

Partei-Vorstand und Generalkommission verlangen schnelle Abhilfe!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei und die Generalkommission der Gewerkschaften haben an den Reichstagspräsidenten in der Frage des Ernährungswesens die folgende Denkschrift gerichtet:

Berlin, den 8. September 1918.  
An Se. Excellenz den Herrn Reichstagspräsidenten Grafen Dr. v. Hertling, Berlin.

Die folgende Unzufriedenheit, die aus allen Teilen des Reichs und den verschiedensten Volksschichten wegen der unzureichenden Lebensmittelversorgung in bitteren Klagen und Forderungen an uns zum Ausdruck kommt, veranlaßt uns nochmals, die Aufmerksamkeit Eurer Excellenz auf die höchst bedauerlichen Zustände zu lenken, unter denen die breiten Massen des Volkes gegenwärtig zu leben gezwungen sind. Wir haben diese Klagen wiederholt mündlich und schriftlich in eingehend motivierten Darlegungen Eurer Excellenz und Ihren Herren Vorgängern dargelegt, dem Kriegsernährungsamt und dem Reichsamt des Innern übermittelt, ohne von letzterem in allen Fällen Antwort zu empfangen. Leider fanden unsere Vorwürfe in den meisten Fällen nicht genügend Beachtung, unsere ersten Warnungen, die wachsende Erbitterung durch ungeeignete Maßnahmen nicht noch zu steigern, wurden in den Wind geschlagen.

So sind die Lebensverhältnisse des erwerbstätigen Volkes ständig schlechter geworden. Jede Erhöhung des Lohnes, jede Teuerungszulage war längst durch die gestiegene Kaufkraft des Geldes wirkungslos gemacht. Die Politik des Kriegsernährungsamts, die lediglich durch Preissturz eine Erhöhung der Produktion zu erzwingen versuchte, führte gleich einer Schraube ohne Ende zu einer Verteuerung aller Lebensmittel, die mit den gesteigerten Produktionskosten nicht gerechtfertigt werden kann. Erzeuger und Händler sind trotzdem mit den Gewinnen noch nicht zufrieden. Während Millionen Männer auf dem Schlachtfeld ihr Blut dem Vaterlande geben müssen, werden ihre Angehörigen zur ewigen Schande unserer Zeit von eigenen Volksgenossen ausgebeutet, die durch schamlosen Diebstahl mit Lebensmitteln die letzten Kräfte der Armeen verzehren. Arbeiter, Angestellte, Beamte und Angehörige des Mittelstandes leiden in gleichem Maße unter diesen Zuständen. Ihr Einkommen reicht nicht zum Einkauf der allerersten Lebensmittel. Die durch die öffentliche Bewirtschaftung reichbaren Lebensmittel sind in ihrer Menge zu gering, um das Leben zu erhalten; so kann sich niemand dem Scheitern entziehen.

Für Kleidung, Schuhe, Wäsche, Haushalts- und Wirtschaftsgegenstände müssen Höchstpreise gezahlt werden, die für die meisten unerschwinglich sind. Seit Jahren konnte hier vielfach keine Ergänzung erfolgen. Bergtäglich wehren sich Erhaltungswille, Ordnungsliebe und Reinheitsbedürfnis gegen dieses Verhängnis. Alle Maßnahmen werden nutzlos, nur um das bloße Leben zu erhalten.

Mit der Wirtschaftsniedrigung geht der körperliche Kraftverfall Hand in Hand. Die lange andauernde Unterernährung bringt nicht nur eine erhöhte Sterblichkeit der Kinder und der alten Leute; Frauen und Männer der Arbeiterklasse leiden gesundheitlich aufs schwerste.

Eine Besserung der Ernährungsverhältnisse muß unter allen Umständen Platz greifen, wenn die Volksgesundheit dauernd nicht noch schwereren Schäden erliegen soll.

Leider hat gerade die letzte Zeit mehrfache Verschlechterungen gebracht. Die Schreibpreise wurden erhöht und die Regierung beschloß die Erhöhung als eine solche, die sich auch für die Winderbemittelten in extrahellen Grenzen bewegen. Neben der Preissteigerung liegt der Preis der so unentbehrlichen Nahrungsmittel, zum Beispiel der für Krieg und 22 auf 43 Pfennig, für Gruppen von 36 auf 44 Pfennig, pro Pfund; das ist eine Steigerung von 50 bezw. 55 Prozent. Zu der Herabsetzung der Brotration, die dauernd bleiben soll, kam die Kürzung der Fleischration und die Einführung fleischloser Wochen. So sind dem Volke neue Entbehrungen auferlegt. Die wachsende Bevölkerung verhält sich mit Hilfe des Scheitershandels ohne Rücksicht auf dessen fortgesetzte steigende Preise doppelt Dürerung und hilft sich so über die fleischlosen Wochen und die sonstigen Entbehrungen hinweg. Die Armeen und Winderbemittelten aber müssen vierzehn Tage — einen halben Monat! — ohne ein noch so kümmerliches Fleischgericht vegetieren. Die zugesagten Entbehrungen sind ungenügend und können die entgangene Fleischnahrung nicht ersetzen.

So hat Brot und Kartoffeln in steigendem Maße das Rückgrat unserer Volksernährung geworden. Deshalb ist es unabweisbare Pflicht der verantwortlichen Stellen, der Bevölkerung schnellstens für die Veranschlagung mindestens ein erhöhtes Maß von Kartoffeln zu geben. Der Hinweis auf das reichliche vorhandene Getreide genügt nicht, um diesen Anspruch zurückzuweisen. Sein geringe Nährwert, zumal bei fehlender Zubereitung, kann Fleisch und Kartoffeln nicht ersetzen, ganz abgesehen davon, daß so große Quantitäten nicht erhältlich oder bei den niedrigen Preisen für die Winderbemittelten nicht erschwinglich sind.

Trotzdem besteht die Gefahr, daß die Kartoffelversorgung des kommenden Jahres wieder das unzureichende Quantum von 7 Pfund Kartoffeln pro Kopf und Woche zugrunde zu legen. Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts gibt bekannt, daß diese Festlegung als vorläufige bis zur Feststellung des Erntergebnisses zu sehen ist. Dem ist jedoch entgegen zu setzen, daß eine Erhöhung möglich ist. Denn die gleiche Ernte, welche die trübende Stimmung in der Bevölkerung noch aus dem vergangenen Jahr in Erinnerung, trotz der glänzenden Kartoffelernte war damals eine Erhöhung der Kartoffelration auf 10 Pfund pro Woche nicht zu erreichen. Transportbehinderungen wurden als das Haupthindernis gegen die Erfüllung dieser Forderung als Feld geführt. Jetzt wird der gleiche Grund angeführt.

Im Falle nun diese Antündigung neue Erntungen hervorbringt, so ist die Ernte in Form von Entschädigung, die wir nicht wünschen, so tritt die ganze Last der Schuld allein die verantwortlichen Stellen des Reichs. Die Erfahrung hat gezeigt, daß im vergangenen Jahr die Bevölkerung mit der Nation von jedem Pfund Kartoffeln nicht auskommen konnte. Der es eben konnte, hat sich darüber hinaus selbst mit Kartoffeln versorgt. Die Transportbehinderungen des Kriegsernährungsamts können eine genügende Kapazität für den Schleichhandel, der die Schwierigkeiten spielend überwindet. So gelangen organisierte Ungehörige oder mangelnde Maßnahmen der öffentlichen Verwaltung zum Zwecke der Verhinderung der Mängel des herabgesetzten Volk 20 bis 30 Mark für den Zentner Kartoffeln zu zahlen. Die öffentlichen Verwaltungen Tag für Tag unzureichende. Die Kartoffeln in geringen Mengen in die Städte zu bringen. Die Folge war eine gesteigerte Belastung der öffentlichen Transportmittel und unzureichende Art der Zuführung von Lebensmitteln.

Eine vollständige Befreiung mit Kartoffeln wird dem Volk nicht zu wünschen sein. Das bratonsche Straßensystem wegen Mangel erreicht können, würde durch sie erreicht. Die

Beibehaltung der Kartoffelration von 7 Pfund muß die Bevölkerung als Begünstigung des Schleichhandels empfinden. Bereits am 25. Januar 1918 erklärte Herr Professor Dr. Kuttner im Parlamentarischen Beirat des Kriegsernährungsamts, daß eine Herabminderung der damals gegebenen Lebensmittel untragbar und eine Erhöhung der Kartoffelration auf 10 Pfund das Gebot unabweisbarer Notwendigkeit wäre, um das Minimum zur Erhaltung von Gesundheit und Leben zu erreichen. Seit jener Zeit ist, wie wir ausführen, die Brotration herabgesetzt, die Fleischration vermindert, sind fleischlose Wochen eingeführt worden und durch steigende Teuerung der Einkauf erschwert. Deshalb ist eine Erhöhung der Kartoffelration selbst auf 10 Pfund heute nicht mehr ausreichend, um den notwendigen Ausgleich herbeizuführen.

Wir müssen daher Eure Excellenz aufs dringendste ersuchen, zu veranlassen, daß alles geschieht, damit die gesamte Kartoffelernte von der öffentlichen Bewirtschaftung erfasst, durch geeignete Maßnahmen die vorhandenen Transportbehinderungen beseitigt und eine wesentliche Erhöhung der Kartoffelration baldigst durchgeführt wird.

Der Regierung ist die Stimmung in der Bevölkerung nicht unbekannt; sie darf ihr nicht gleichgültig sein. Es unterliegt keinem

angekündigt worden war, ersuchte Compers die Gewerkschaften Deutschlands, die Regierung zu veranlassen, von der Anwendung dieses Kampfmittels abzusehen. Wir antworteten, daß Verhandlungen mit der Regierung nur dann Erfolg haben könnten, wenn die Vereinigten Staaten auf England dahin einwirkten, daß es seinen Hungerkrieg gegen Frauen, Kinder und Greise Deutschlands einstellt. Das geschah nicht, sondern die Vereinigten Staaten, die unter angeblicher Neutralität alles taten, die Gegner Deutschlands in ihrer Kriegsführung zu unterstützen, traten selbst in den Krieg ein. Die U. S. A. und ihr Präsident haben während der Zeit, in der die Dinge sich so gestalteten, das Gegenteil von dem getan, was eine Arbeiterorganisation und ihr Führer tun sollten. Demgegenüber handelten die Gewerkschaften Deutschlands getreu den Grundsätzen, die am 4. August 1914 von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage aufgestellt waren. Sie standen zu ihrem Lande in dem Bewußtsein, daß es sich allein um dessen Verteidigung handelt. Sie wollten nur die Sicherung der eigenen Grenzen und lehnten mit Entschiedenheit alle weitergehenden Kriegsziele ab. In Bemühungen, die Gewerkschaften der Ententestaaten zu dem gleichen Vorgehen zu veranlassen, hat es unternommen nicht gefehlt. Vor der Weltgeschichte werden die Arbeiterorganisationen Deutschlands gerechtfertigt dastehen, wenn die Frage entschieden wird, ob sie bemüht waren, das entsetzliche Ringen, das zur Vernichtung der Kultur und Kraft Europas führen muß, zu beendigen. Den Beweis, daß sie in gleicher Weise handelten, werden die U. S. A. und ihr Präsident Compers noch zu erbringen haben. Noch ein anderes aus der Rede von Compers sei erwähnt. Er lobte die englische Seemannsgewerkschaft, die auf eigene Faust, vielfach im Gegensatz zu der Auffassung der Mehrheit der Gewerkschaften Englands, Politik treibt. Die englische Seemannsgewerkschaft verpflichtete ihre Mitglieder, die Delegierten der Stockholmer Konferenz nicht zu befördern und machte es dem Sekretär des internationalen sozialistischen Bureaus unmöglich, nach Frankreich zu gelangen, um in der französischen Arbeiterschaft friedensfördernd zu wirken. Was die Regierungen der Ententestaaten durch die Passverweigerung erstreuten, hat diese gewerkschaftliche Organisation praktischer herbeigeführt. Es berührt eigenmächtig, den Vertreter einer gewerkschaftlichen Landeszentrale solche Handlungen rühmend zu hören. Die englischen Gewerkschaften dürften wenig geneigt sein, diese von Compers verübte neue Lehre von gewerkschaftlicher Disziplin anzunehmen. Unkenntnis der Dinge und Haß gegenüber den Angehörigen einer anderen Nation verleiteten diesen Gewerkschaftsführer, eine Desorganisation lobend hervorzuheben. Die Reden von Compers sind geeignet, die Alldeutschen zu führen, deren Bestrebungen und Ziele die Gewerkschaften Deutschlands mit aller Entschiedenheit ablehnen. Es wäre verhängnisvoll, wenn die Arbeiterschaft der Ententestaaten dem Rats von Compers folgen würde. Dann könnte der Krieg noch jahrelang dauern und die Hoffnung zu einem Verständigungsfrieden kommen zu können, würde aufgegeben werden müssen. Wir wollen erneut aussprechen, daß nur ein Frieden der Verständigung ohne Annexionen und Kriegserklärungen ein dauernd sein und allein dazu führen kann, das Nebeneinander- und Miteinanderarbeiten der Völker wieder zu ermöglichen. Wir erwarten, daß die kulturwidrigen und desorganisierenden Reden Compers, die beabsichtigte Wirkung auf die Arbeiterschaft der Ententestaaten nicht ausüben werden. Wir hoffen, die Gewerkschaften Englands werden der Stömung des jetzt tosenden englischen Gewerkschaftsstromes folgen, die einem Frieden der Verständigung zustrebt, sobald dem Krieg baldigst durch Verhandlungen ein Ende bereitet wird. Die Konferenz schloß sich diesen Ausführungen an und beschloß deren Veröffentlichung.

Wir sind der Meinung, daß die Gewerkschaften Deutschlands, die Regierung zu veranlassen, von der Anwendung dieses Kampfmittels abzusehen. Wir antworteten, daß Verhandlungen mit der Regierung nur dann Erfolg haben könnten, wenn die Vereinigten Staaten auf England dahin einwirkten, daß es seinen Hungerkrieg gegen Frauen, Kinder und Greise Deutschlands einstellt. Das geschah nicht, sondern die Vereinigten Staaten, die unter angeblicher Neutralität alles taten, die Gegner Deutschlands in ihrer Kriegsführung zu unterstützen, traten selbst in den Krieg ein. Die U. S. A. und ihr Präsident haben während der Zeit, in der die Dinge sich so gestalteten, das Gegenteil von dem getan, was eine Arbeiterorganisation und ihr Führer tun sollten. Demgegenüber handelten die Gewerkschaften Deutschlands getreu den Grundsätzen, die am 4. August 1914 von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage aufgestellt waren. Sie standen zu ihrem Lande in dem Bewußtsein, daß es sich allein um dessen Verteidigung handelt. Sie wollten nur die Sicherung der eigenen Grenzen und lehnten mit Entschiedenheit alle weitergehenden Kriegsziele ab. In Bemühungen, die Gewerkschaften der Ententestaaten zu dem gleichen Vorgehen zu veranlassen, hat es unternommen nicht gefehlt. Vor der Weltgeschichte werden die Arbeiterorganisationen Deutschlands gerechtfertigt dastehen, wenn die Frage entschieden wird, ob sie bemüht waren, das entsetzliche Ringen, das zur Vernichtung der Kultur und Kraft Europas führen muß, zu beendigen. Den Beweis, daß sie in gleicher Weise handelten, werden die U. S. A. und ihr Präsident Compers noch zu erbringen haben. Noch ein anderes aus der Rede von Compers sei erwähnt. Er lobte die englische Seemannsgewerkschaft, die auf eigene Faust, vielfach im Gegensatz zu der Auffassung der Mehrheit der Gewerkschaften Englands, Politik treibt. Die englische Seemannsgewerkschaft verpflichtete ihre Mitglieder, die Delegierten der Stockholmer Konferenz nicht zu befördern und machte es dem Sekretär des internationalen sozialistischen Bureaus unmöglich, nach Frankreich zu gelangen, um in der französischen Arbeiterschaft friedensfördernd zu wirken. Was die Regierungen der Ententestaaten durch die Passverweigerung erstreuten, hat diese gewerkschaftliche Organisation praktischer herbeigeführt. Es berührt eigenmächtig, den Vertreter einer gewerkschaftlichen Landeszentrale solche Handlungen rühmend zu hören. Die englischen Gewerkschaften dürften wenig geneigt sein, diese von Compers verübte neue Lehre von gewerkschaftlicher Disziplin anzunehmen. Unkenntnis der Dinge und Haß gegenüber den Angehörigen einer anderen Nation verleiteten diesen Gewerkschaftsführer, eine Desorganisation lobend hervorzuheben. Die Reden von Compers sind geeignet, die Alldeutschen zu führen, deren Bestrebungen und Ziele die Gewerkschaften Deutschlands mit aller Entschiedenheit ablehnen. Es wäre verhängnisvoll, wenn die Arbeiterschaft der Ententestaaten dem Rats von Compers folgen würde. Dann könnte der Krieg noch jahrelang dauern und die Hoffnung zu einem Verständigungsfrieden kommen zu können, würde aufgegeben werden müssen. Wir wollen erneut aussprechen, daß nur ein Frieden der Verständigung ohne Annexionen und Kriegserklärungen ein dauernd sein und allein dazu führen kann, das Nebeneinander- und Miteinanderarbeiten der Völker wieder zu ermöglichen. Wir erwarten, daß die kulturwidrigen und desorganisierenden Reden Compers, die beabsichtigte Wirkung auf die Arbeiterschaft der Ententestaaten nicht ausüben werden. Wir hoffen, die Gewerkschaften Englands werden der Stömung des jetzt tosenden englischen Gewerkschaftsstromes folgen, die einem Frieden der Verständigung zustrebt, sobald dem Krieg baldigst durch Verhandlungen ein Ende bereitet wird. Die Konferenz schloß sich diesen Ausführungen an und beschloß deren Veröffentlichung.

## Die Gewerkschaften und der Frieden

Regien gegen Compers

Berlin, 10. September. Auf einer Konferenz der Vorstandsdirektoren der Gewerkschaften sagte der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Reichstagsabgeordneter Regien am 10. September im Anschluß an den von ihm erstatteten Bericht:

Wir waren ununterbrochen bemüht, mit den Gewerkschaften der Entente-Staaten über die gewerkschaftlichen Forderungen zum Friedensvertrag zu einer Verständigung zu kommen und damit dem Frieden zu dienen, leider ohne nennenswerten Erfolg. Jede Friedensbestrebung der Arbeiterschaft der Entente-Staaten wird mit allen Mitteln zu unterdrücken versucht. Jetzt kam auch der Vorsitzende der Amerikan Federation of Labour, J. P. S. Compers, nach Europa, aber nicht, um seine Pflicht als Arbeitervertreter zu erfüllen und seinen Teil dazu beizutragen, daß dem grausigen Morden und Verwüsten ein Ende bereitet wird. Er will im Gegenteil das Fünftausend von Friedensneigung, das in der Arbeiterschaft Englands aufgesammelt ist, wieder zerstören. Auf einem Bankett, das am 30. August in London zu seinem Empfang veranstaltet wurde, antwortete Compers auf die Begrüßungsrede des englischen Ministerpräsidenten Lloyd George, er forderte die Wiederherstellung Deutschlands und lobte die englische Nation, die im Kampfe gegen die „Hunnen“ sich so tapfer gehalten hätte. Die Zustände, in Lande, das Compers verteidigt, geben ihm keine Veranlassung, in dieser beleidigenden Weise von der Arbeiterschaft Deutschlands zu sprechen. Alle Achtung vor der Energie und Arbeitsleistung der Bevölkerung der Vereinigten Staaten. Aber auch ihr begeisterter Freund wird nicht in Abrede stellen können, daß in diesem Lande alles noch im Werden begriffen ist. Die Kapitalmacht herrscht dort unbeschränkter als in irgend einem Staate Europas. Arbeiterrecht und Arbeiterversicherung sind nur in einzelnen Staaten Nordamerikas in geringen Ansätzen vorhanden. Die von dem obersten Gerichtshof der Vereinigten Staaten erlassenen Urteile zeigen, wie wenig das Recht der Gewerkschaften erreicht wird, die unheilvollen Wirkungen des Kapitalismus zu beseitigen oder zu mildern.

Hinter dem Mutterlande England, das unbegrenzte imperialistische Ziele verfolgt und mit allen Mitteln durchzusetzen versucht, stehen die imperialistischen Bestrebungen der Vereinigten Staaten nicht weniger deutlich. Die Ungehörigkeit wird nach den Berichten der eigenen Presse in den Vereinigten Staaten von den Richtern gebildet und von den sogenannten besseren Elementen der Gesellschaft unterjocht. Sie wurde zu einer Schmach für das Land. Es steht dem Vertreter eines solchen Landes schlagend an, die Arbeiterschaft Deutschlands als „Hunnen“ zu bezeichnen. Eine Umschau im eigenen Lande gebe ihm Veranlassung genug, dort das zu schaffen, was innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft an Kultur erreicht werden kann. Was will denn die Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten von uns? Wir geben ihrem Lande unsere Arbeit und unsere Arbeiter. Deutsche Arbeit und deutsche Arbeiter haben weitestgehenden Anteil an den Kulturfortschritten, die in den Vereinigten Staaten gemacht wurden. Für die brutale Kriegsführung unter Volk allein verantwortlich machen, heißt abfällige Urteile übersehen wollen, was die anderen kriegführenden Staaten tun. England verurteilt unter Bruch des Völkerrechtes durch Abschneidung der Zufuhr von Nahrungsmitteln die Frauen und Kinder Deutschlands dem Hunger preisgegeben und wollte auf diese brutale Art den Krieg zu seinen Gunsten beendigen. Gegen diese Art der Kriegsführung wehrte Deutschland sich mit allen Kräften. Wir behaupten mit jedem Kultur- und Menschenfreund den Torpedoschuh auf die Lustonia und die entsetzlichen Folgen, die er hatte. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß der deutsche Seemann in Washington einmütig davon gewarnt hat, auf einem zur Transport von Munition und Kriegsmaterial dienenden Schiff Passagiere befördern zu lassen, zumal das Geleit der Vereinigten Staaten eine solche Beförderung verbietet. Das von Compers und der U. S. A. gegen diese ungesetzliche Handlung Einspruch erhoben wurde, ist uns nicht bekannt. Bis gegen unseren Willen der ungeschätzte Alboofkrieg

werden muß, wenn die Regierung nicht endlich entschlossen ist, mit jeder Beugung der Produzenteninteressen zu brechen und den Lebensbedürfnissen des Volkes Rechnung zu tragen.

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands  
Fr. Oberl.  
Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands  
Carl Regien.

## Die Denkschrift und das Kriegsernährungsamt

Die oben abgedruckte Denkschrift des Parteivorstandes und der Generalkommission hat bereits eine Äußerung des Kriegsernährungsamtes hervorgerufen, die, wie wir vernahmen, dahin geht, daß man in der Frage der verlangten reichlicheren Belieferung mit Kartoffeln die Ernte noch nicht genau genug abschätzen könne, um Zusagen machen zu können. Vor Mitte Oktober sei nicht darauf zu rechnen, daß man sich in dieser Hinsicht schlüssig werden könne. Im August habe man noch gehofft, daß die diesjährige Ernte der vorjährigen etwa gleich kommen werde. Der Eintritt des nächsten Winters aber lasse es fraglich erscheinen, ob sich diese Hoffnung erfüllen werde. Dagegen könne man die in der Denkschrift geäußerten Befürchtungen, daß die jetzt bestehende Kürzung der Brotkrone zu einer dauernden Einschränkung gemacht werden solle, zerstreuen. Diese Kürzung solle nur noch bis zum 1. Oktober bestehen bleiben. Von diesem Zeitpunkte an werde die alle Brotration wieder geliefert.

Soweit die zu unserer Kenntnis gelangte Auffassung des Kriegsernährungsamtes in der Angelegenheit. Es ist gegenüberzustellen, daß in der Denkschrift dargelegt wird, daß mit der Erhöhung der regulären Kartoffelrationen dem Schleichhandel Abbruch getan und die Überlastung der Bahnen durch das pfundweise Hamstern der Kartoffeln beseitigt würde. Die Denkschrift weist ganz richtig darauf hin, daß alle die Kartoffeln, die im Schleichhandel zu ungeheuren Preisen abgekauft und die auf weiten Hamsterfahrten in kleinen Mengen zusammengekauft werden, doch vorhanden sein müssen, so daß die Frage der Höhe der Ration zunächst eine Frage der richtigen Erfassung der Ernte ist.

Darum handelt es sich. Das Kriegsernährungsamt sollte nicht einmal den Versuch machen, diesen allgemein einschneidenden Sachverhalt zu umgehen!

## Italiens Sozialisten gegen Compers

Fürth, 11. September. (H. Z.) Die Leitung der italienischen Sozialistenpartei beschloß, die Einladung des amerikanischen Pseudo-Sozialisten Compers zur Teilnahme an der internationalen sozialistischen Konferenz in London abzulehnen. (H. Z.)

# Politische Wochenschau

## Friedensarbeit

Noch vor dem Winter Frieden?

Wien, 9. September. Der türkische Großwesir Talat Pascha, der sich auf der Reise nach Berlin einen Tag in Wien aufgehalten hat, gewährte einem der Redakteure der „Neuen Freien Presse“ ein Interview. Er sprach dabei seine Erwartung aus, daß wie vor dem Winter Frieden haben würden. Die an den Großwesir gerichtete Frage lautete: „Wie würden Sie die gegenwärtige Lage kennzeichnen?“ Der Herr Talat Pascha lautet: „Ich würde die Lage

dahin kennzeichnen, daß wir vor dem Winter Frieden haben werden. Ich stütze diese meine Erwartung auf die Logik der Tatsachen, die sich endlich durchdringen muß. Der Krieg hat sich in seinen Leistungen so ziemlich erschöpft, alles, was aus dem Krieg herausgeholt werden kann, ist gezeichnet. Eine weitere Kriegsführung ist offenbar zwecklos, von Moral und Menschlichkeit ganz zu schweigen.“

„Ergänzend, unsere Feinde aber behaupten noch immer, daß sie den militärischen Sieg erringen werden.“

„Längst erwiderte der türkische Staatsmann: „Das sagt jeder. Und weil es jeder sagt, beweist es nichts. Unsere Feinde werden alle, und ich schreibe davon auch Amerika nicht aus,

Die Angestellten und die Wohnungsfrage

Von Bruno Gebauer, Danzig.

Wie soll der Wohnungsmangel gesteuert werden?

Es ist klar, daß alle verantwortlichen Stellen der Entwicklung der Dinge nicht mit verführten Armen zusehen können, schon aus volkswirtschaftlichen Gründen. Es ist leicht verständlich, daß bei solchen Einkommensverhältnissen wie den geschätzten, jeder Familienzuzachs eine vollkommene Erhaltung des Haushaltsbudgets bedeutet, deshalb auch die Angestellten die geringste Heiratsziffer aufweisen und die Kinderzahl weit hinter dem Reichsdurchschnitt zurückbleibt. Diese schon in Friedenszeiten bedauerliche Erscheinung wird in den Kriegsjahren und auch nach dem Kriege weitere Verschärfung erfahren, wenn nicht dazu beigetragen wird, die Lage der Angestellten zu verbessern. Reich, Staat und Kommune müssen mit allen Mitteln die Gefahr beseitigen helfen. Die Durchführung der zahlreichen Vorschläge zur Behinderung der Wohnungsnot wird unvollständig bleiben, so lange das Reich nicht die Kraft findet, diese wichtige Frage durch Reichsgesetz zu regeln. In dieser Erkenntnis ist auch von den Angestellten die Forderung nach einem Reichswohnungsamt und einem Reichsfonds für Wohnungsfürsorge von einer Milliarde Mark erhoben. Auch diese Summe ist gegenüber den gewaltigen Aufgaben der Wohnungsfürsorge sehr gering und dürfte nur als Grundfonds zu bewerten sein. Andere Mittel und Einrichtungen werden noch unbedingt notwendig sein. Die Mittel der Reichsversicherungsanstalt und der Landesversicherungsanstalten werden dem Zwecke dienstbar gemacht werden müssen. Die Kommunen werden sie durch unentgeltliche Hergabe von Baugelände zu fördern haben. Doch ist hierbei zu berücksichtigen, daß durch das Hausbesitzerprivileg in den Stadtverordnungen eine allzu große Unterstützung nicht zu erwarten sein wird und daß das in den Großstädten am günstigsten gelegenen Gelände sich schon in den Händen der Spekulation befindet? Deshalb ist die Regelung der Bodenbesitzverhältnisse erforderlich die billigen Grund und Boden sicherstellt vor den Fingern der Spekulation und damit Kriegsgewinnler nicht nach Belieben damit schachern und die Preise in die Höhe treiben können.

Welche Wohnungsform ist nun die erstrebenswerteste?

Jährlich mehrmals fanden bei Friedenszeiten in den Großstädten reine Völkerverwanderungen zur Zeit des Wohnungswechsels statt. Diese große Unrast im Leben des Großstädtlers, woher mag sie kommen? Bisherige Gründe werden da angegeben, doch hauptsächlich aus der stillen Hoffnung, in der neuen Wohnung das zu finden, was in der alten Wohnung vergebens gesucht wurde — die Heimat. Mit welcher Freude kann man z. B. das Leben in den Schrebergärten der Großstädte beobachten, wo im sorglich gepflegten Garten öfters die roten Fahnen wehen. Was offenbart sich daraus: trotz der großen Verbitterung gegen unsere Klassenstaat die Liebe zur eigenen Scholle, die Liebe zur Heimat.

Da ist es kein Wunder, daß alle Bestrebungen, die darauf hinauszielen, auch dem wandernden Städter ein Stück eigenen Bodens zu geben, überall freudigen Widerhall finden. Welche begehrteste Zustimmung findet z. B. der Gedanke der Kriegserheimstätten bei unsern Kriegsteilnehmern? Wer sollte auch nicht von dem Gedanken berauscht werden: Jeder Krieger sein eigenes Heim, seinen eigenen Garten, schließlich auch eine Fläche eigenes Land. Und was von den Kriegern und Arbeiter gilt, trifft auch für die Angestellten zu. Würde es nicht löstlich sein, nach angestrengter geistiger Tagesarbeit im eigenen Heim Erholung zu finden, im Garten sich auszurufen oder durch Gartenarbeit Abwechslung und Ablenkung von der Geistesarbeit zu erhalten?

Aber so sehr dieser Gedanke etwas Bestehendes an sich hat, so hat er auch seine Schattenseiten. Der Angestellte braucht in erster Linie Freiheit, um seine Arbeitskraft über ganz Deutschland anbieten zu können, um sie dort zu verwerthen, wo er sie am höchsten bezahlt erhält. Und diese Freizügigkeit wird ihm durch ein Eigenheim unterbunden. Außerdem würden die Eigenheime nur einen kleinen Bruchteil der Angestellten zugute kommen, denn es würden nur die gutgestellten Angestellten, die in ihren Einkommensverhältnissen eine Ausnahme bilden, den Vorteil genießen. Dem größten Teil der Angestellten fehlen die Mittel zur Anzahlung zur Erwerbung eines Eigenheimes oder zur Zahlung hoher Mieten. Aus diesen Gründen können sich die Angestellten auch an örtlichen Bau-genossenschaften nicht beteiligen, trotzdem die Bestrebungen derselben auch sehr gute sind und auch das Wohnungswesen mildern helfen.

Wer sind denn auch die vielen Anwärter jetzt und nach dem Kriege auf leere Wohnungen? Zum größten Teil doch die vielen Kriegsteilnehmer, die vielen Kriegsgetrauten. Die werden zunächst ihre vorhandenen Mittel zur Beschaffung des nötigen Hausrates verwenden, in ihrer übergroßen Mehrheit werden für sie auch nur billige Wohnungen in Betracht kommen.

Das Hauptverlangen für die Angestellten ist: gesund und billig wohnen zu können. Es ist dabei gleichgültig, ob es sich um ein Eigenheim oder Mietwohnung handelt.

Den Forderungen der Angestellten in der Wohnungsfrage m. in der Gründung beschränkter „Gemeinnütziger Aktien-Gesellschaft für Angestellten-Heimstätten“ entsprechen. Nach dem Gründungsplan soll diese Gesellschaft „dazu dienen, der Wohnungsfürsorge der Angestellten im ganzen Reich, unter enger Anlehnung an die gleichfalls das ganze Reichsgebiet umfassenden Arbeitslosenversicherung, die einheitliche, dem natürlichen Stellen- und Ortswechsel der beteiligten Kreise entsprechende Grundstücke zu geben.“ Die Gesellschaft will in erster Linie auf Minderhaltung der Wohnungspreise sehen; sie will, soweit irgend möglich, den Flachbau pflegen und für hygienische Ausgestaltung der Wohnungen sorgen. Sehr bedenklich ist es schon, daß von Besitzern der Wohnungen bei einem Mietverhältnis eine Hinterlegung von einem Viertel Jahreslohn als

Sicherheit verlangt werden und ein Eigentümerverschleiß an eine Anzahlung von 25 v. H. des Wertes gebunden sein soll; auch daß die kaufmännischen Arbeitgeber und Kapitaltreue aufgefördert werden, Aktionäre der Gesellschaft zu werden, wodurch der gemeinnützige Charakter leicht hinwegfallen kann. Den Angestellten von denen fast sämtliche Organisationen derselben sich an der Gesellschaft beteiligen, wird eine überwiegende Vertretung und ein Mitbestimmungsrecht zugesichert werden müssen, wenn sie wirklich nutzbar und zum Segen der Angestellten wirken soll. Die Schwierigkeiten gemeinnütziger Gründungen bei Ausbringung der Organisations- und Verwaltungskosten fallen dort, da die Reichsversicherungsanstalt mit Genehmigung des Reichsanstalters zu Organisationszwecken der Gesellschaft eine Million Mark zur Verfügung stellen wird.

Es ist selbstverständlich, daß die Angestellten in der hiesigen Ortsgruppe genannter Gesellschaft, die in nächster Zeit wohl gegründet werden wird, mitarbeiten werden an dem großen Werk der Wohnungsreform und der Bekämpfung der Wohnungsnot, daß sie aber alles daransetzen müssen, daß die

Sozialdemokratie und Vaterlandspartei

Unter dieser Ueberschrift veröffentlichten wir in Nr. 34 der „Volkswacht“ einen Bericht über eine am 11. August in Zoppot abgehaltene öffentliche Volksversammlung, auf der es zu recht interessanten Auseinandersetzungen zwischen den Genossen Gehl und Siefeld einerseits und einigen Vaterlandsparteilern andererseits kam. Im Anschluß an diesen Bericht veröffentlichte Genosse Gehl seine Antwort auf den „Offenen Brief“ des Schriftleiters der „Zoppoter Zeitung“, Herrn O. Grund. Dieser antwortete nun am Donnerstag voriger Woche in seinem Blatte sehr ausführlich. Er will sich „der Vaterlandspartei weiß Gott nicht aus Macht- oder Vandalengier angeschlossen“ haben und hält an seiner Ueberzeugung fest, von der er sich durch nichts abbringen lassen will. Herr Grund bleibt auch bei seiner Behauptung, die Frage nach der Stellungnahme französischer oder englischer Arbeiter zu Vorfragen, die der Krieg ihnen bringt und die Antwort Gehls in der Versammlung richtig wiedergegeben zu haben, was Gehl in seiner Antwort bekanntlich entschieden bestritt. Diese nebenwärtliche Streitfrage können also nur die Teilnehmer der Versammlung entscheiden. Es ist deshalb völlig müßig, auf die neue zweispaltenlange Salbaderei des Herrn Grund weiter in den Zeitungen zu streiten. Wir verzichten deshalb darauf und machen Herrn Grund den Vorschlag, eine neue Versammlung einzuberufen, in der nicht nur diese Streitfrage entschieden, sondern weiter über den „vaterlandsparteilichen“ „Sicherheitsfrieden“ und den sozialdemokratischen Verständigungs-frieden debattiert werden könnte. Wir sind gerne bereit an der Debatte teilzunehmen und freuen uns, offen gestanden, schon im voraus sehr auf sie. Unsere Leser dürfte es aber interessieren, zu erfahren, daß Herr Grund die „unabhängigen“ Rademacher in der Dyrzer Versammlung als „Gewaltgesetzer“ bezeichnet und ihre bloßen Schimpfereien mit großem Wohlgefallen in seinem Artikel wiedergibt. Es muß doch verdammlich schlecht stehen mit der Sache der „Vaterlandspartei“ in Zoppot, wenn ihr geistiger Leiter zu ihrer Rettung schon zu solchen unehrenhaften Mitteln seine Zuflucht nehmen muß. Zu retten gibt es an der Vaterlandspartei trotzdem nichts mehr und wenn Herr Grund noch einmal einen zwei Spalten langen, mit allerhand Bosheiten gespickten Artikel verbricht. Der Gedanke, den furchtbaren Krieg durch christliche Verständigung der kriegführenden Mächte möglichst bald zu beendigen, gewinnt immer neue Anhänger. Zuseht werden schließlich nur noch ein paar alte Heimtrieger in der Nähe der „Zoppoter Zeitung“ übrig bleiben, die den „Sicherheitsfrieden“ frisch und frisch auf dem Papier, vielleicht aber auch im Warmbad in Zoppot erobert werden. Viel Glück dazu.

Genosse Siefeld, der durch eine längere Reise von Zoppot abwesend war, hält es für angebracht, auf den ersten „Offenen Brief“ des Herrn Grund folgendes zu antworten:

Offene Antwort

an Herrn O. Grund, Schriftleiter der „Zoppoter Zeitung“. In Nummer 189 Ihrer Zeitung ergänzen Sie Ihre Ausführungen in der Volksversammlung vom 11. August in Form eines „Offenen Briefes“. Infolge längerer Abwesenheit von Zoppot erhielt ich erst verspätet die obige Nummer zugestellt. Inzwischen hat mein Parteifreund Gehl Ihnen bereits in der „Volkswacht“ auf Fragen der äußeren Politik geantwortet. Wir bleiben daher nur noch übrig, etwas näher auf die beiden noch nicht berührten Fragen der inneren Politik, preussisches Wahlrecht und Ernährungsverhältnisse, kurz einzugehen.

Sie, Herr Grund, behaupten Anhänger des gleichen Wahlrechts, aber nicht des Reichstagswahlrechts, zu sein. Sie verwerfen das Reichstagswahlrecht, weil dadurch die Minderheiten rechtlos gemacht sind. Die sozialdemokratische Partei hat diesen Mißstand seit Jahrzehnten, insbesondere durch die Forderung nach Einführung der Verhältniswahl und Neueinteilung der Wahlkreise zu beseitigen versucht; woran diese Versuche bisher gescheitert sind, sollte Ihnen doch nicht ganz unbekannt sein. Sie aber wollen diese Mängel, oder wie Sie sagen, Ungerechtigkeiten, dadurch beseitigen, indem Sie das Mehrstimmenrecht einführen wollen. Sie treten für Alters- und für Familien-Zusahlungen ein, und zwar wie Sie schreiben, aus „bevölkerungspolitischen Gründen“. Hand auf Herz, Herr Grund, glauben Sie wirklich, hierdurch ein gleiches Wahlrecht zu schaffen? Sind Sie wirklich der Ueberzeugung, daß allen Bevölkerungsschichten die gleiche Möglichkeit zur Erreichung eines möglichst hohen Alters und die Erziehung einer Familie gegeben ist? Besten Sie mir, Ihnen einige statistische Zahlen vorzuführen. Es sind zwar Zahlen älteren Datums, doch dürfte ihre Beweiskraft dadurch nicht abgeschwächt sein.

Nach den Untersuchungen Caspers über die Lebensdauer in den verschiedensten Schichten der Gesellschaft ist folgendes festgestellt:

Von 1000 zu gleicher Zeit geborenen Menschen leben nach 19 Jahren von den Wohlhabenden noch 938, von den Armen noch 598, nach 20 Jahren noch 868 Wohlhabende und 566 Arme, nach 30 Jahren noch 796 Wohlhabende und 486 Arme, nach 40 Jahren noch 695 Wohlhabende und 396 Arme, nach 50 Jahren noch 557

Bestrebungen der Gesellschaft der Allgemeinheit, vor allen Dingen aber den minderbemittelten Angehörigen zugute kommen.

Da es noch eine lange Zeit dauern wird, bis der Bau neuer Wohnungen in einschneidender Weise betrieben werden wird, sind zur Behebung der Wohnungsnot vorläufige Maßnahmen zu fordern: Einrichtung von Wohnnachweisen, Teilung von größeren Wohnungen, Bau von Barackenwohnungen, Festlegung von Höchstmietpreisen nach Größe, Lage und Beschaffenheit der Wohnungen, Einrichtung von Miets-einigungsämtern pp. Hierbei wird aber darauf gesehen werden müssen, daß durch solche Einrichtungen nicht wieder die Minderbemittelten am meisten davon betroffen werden, wie es z. B. bei Abgabe von Kleidungsstücken der Fall ist, oder durch Schädigung der Zimmervermieter.

Tragen wir durch eine großzügige Wohnungsreform, die wir unseren Feld- und Heimkriegern schuldig sind, mit dazu bei, unser Vaterland so einzurichten, daß es sich für jedermann gut darin wohnen läßt, daß Not, Elend und Sorgen verschwinden, dann werden wir weniger Mittel für Säuglingspflege herzugeben brauchen, dann werden Gesetze wie zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten und zur Verhütung der Empfängnis nicht nötig sein.

Wohlhabende und 283 Arme, nach 60 Jahren noch 398 Wohlhabende und 172 Arme, nach 70 Jahren noch 235 Wohlhabende und 65 Arme.

Nehmen wir also einmal an, es würde eine Zufallsstirne mit dem 50. Lebensjahre gewährt werden, so würde die wohlhabende im Verhältnis zu armen Bevölkerung schon ganz erheblich günstiger gestellt sein. Denn während die ersteren noch zu 55,7 Prozent dieses Alter erreichen, sind es von den letzteren nur noch 28,3 Prozent. Mit jedem weiteren Jahr aber verschiebt sich dieses Verhältnis noch erheblich weiter zu Ungunsten der Armen, bis es mit 70 Jahren 23,5 Prozent zu 6,5 beträgt.

Bei Ihrer Stellung im öffentlichen Leben sollte es Ihnen, Herr Grund, auch bekannt sein, daß die sozialen Verhältnisse einen ausschlaggebenden Einfluß auf die Lebensdauer des Menschen ausüben. Nach einer englischen Statistik betrug die Sterblichkeitsziffer im Durchschnitt für das ganze Land pro Tausend 22, für den Wohlstand der höheren Klassen 17, für die Arbeiterbezirke 36.

Als drittes Beispiel füge ich noch folgende Alterszahlen einiger Berufe hinzu. Danach beträgt das Durchschnittsalter der Geistlichen 66, der Ärzte 53 Jahre, der Arbeiter und Handwerker von 41 bis 46 Jahren.

Die vorstehenden Zahlen mögen Sie, Herr Grund, veranlassen, noch einmal gründlich darüber nachzudenken, ob Ihr System der Alterszusahlungen wirklich als gleich und gerecht bezeichnet werden kann. Sie wollen weiter Zusatzstimmen an Familienväter gewähren, doch sicherlich in der Erwartung, die Lust zur Gründung von Familien und die Kinderzahl zu erhöhen. Glauben Sie denn wirklich ernsthaft daran, auch nur einen einzigen Junggesellen, der aus sozialen Gründen das Alleinleben vorzieht, zur Eheschließung und Kinderzeugung zu bewegen, indem Sie ihm hierfür bei den Wahlen ein Mehrstimmenrecht in Aussicht stellen? Sie verlernen denn doch zu sehr die wirklichen Beweggründe, die erhebliche Teile des Arbeiter- und Mittelstandes zur Ehe- und Kinderenthaltung veranlassen. Der mir zu Gebote stehende Raum verbietet es mir, hier noch näher auf dieses Thema einzugehen. Daß Sie, Herr Grund, es als ungleich ansehen, wenn ein 21jähriger Jüngling das gleiche Recht erhält wie ein Familienvater, ist nach Ihrer Auffassung vom gleichen Wahlrecht nicht mehr verwunderlich. Die 21jährigen Jünglinge aus dem Arbeiter- und dem Mittelstande stehen in diesem Alter in den allermeisten Fällen schon jahrelang im Erwerbsleben und besitzen in ihrer überlebenden Mehrheit die Erfahrung, um ihr Wahlrecht im Interesse des Gesamtvolkes des Volkes auszuüben. Zu Beginn des fünften Kriegsjahres, wo Hunderttausende dieser Jünglinge bereits ihr Leben und ihre Gesundheit dem Vaterlande geopfert haben und in Bezug auf ihre weitere Lebensdauer und die Möglichkeit zur Familiengründung auf das empfindlichste benachteiligt sind, muß Ihre Ueberzeugung, Herr Grund, in der Tat empörend wirken. Ich glaube, Sie stellen sich der Volksversammlung als Anhänger der Fortschrittspartei vor; verzehren Sie, wenn ich Sie nach Ihren Ueberzeugungen über das gleiche Wahlrecht als einen wackelnden Reaktionsär beirade.

Nun noch einiges zu dem Kapitel Ernährungsfrage. Sie Herr Grund wollen, wie Köpfe und von Oldenburg, einen Teil der Lebensmittel dem freien Handel überlassen. Sie treffen auch in dieser Frage mit den eifrigsten Befürwortern des Agrarierturns zusammen. Warum blüht denn der Schleichhandel mit Lebensmitteln, trotz der schärften Gelehe so außerordentlich? In erster Linie doch aus demselben Grunde, weil viele Produzenten die Gelehe aus reiner Profitgier zu umgehen suchen und in diesem Bestreben durch die Nachsicht der Regierung und zum großen Teil auch durch die Weibergigkeit der ausführenden Behörden bestärkt werden. Würden Sie, Herr Grund, weil nicht alle Spitzhüben gefast werden können, nun die Strafbestimmungen gegen den Diebstahl beseitigen wollen? Nach meiner Ansicht sind alle Lebensmittel im Deutschen Reich Eigentum des gesamten Volkes und wenn ein Teil davon der Gesamtheit veranlagt und zu seinem eigenen Vorteil verwendet, muß sich des Diebstahls am gemeinsamen Eigentum des Volkes schuldig. Es ist wohl kein bloßer Zufall, daß unter diesen Leuten auch ein großer Teil der vornehmsten Agitatoren der „Vaterlandspartei“ sich befindet. Durch das von Ihnen empfohlene System würden zweifellos diejenigen, deren Geldbeutel es zuläßt, die höchsten Preise zu zahlen, noch besser verlorget werden, als es bisher schon geschehen ist. Die große Masse der Arbeiter und des Mittelstandes aber wäre auf das allerschwerste benachteiligt. Sie sagen, mit dem Zwang seien Nahrungsersehnungen verbunden. Mit Verlaub, wo bleibt denn da der so viel gepriesene Patriotismus jener Kreise? Die Regierung wußte doch durch das Hilfsdienstgesetz insbesondere die Arbeiter zu zwingen, diejenigen Arbeiten zu verrichten, die sie für die Rettung des Vaterlandes für unbedingt erforderlich hält. Hierbei fragt man nicht darnach, ob die Arbeiterkraft in ihrer Leistungsfähigkeit nicht durch die Einwirkung sozialistischer Volkswirtschaftler auf liberale und auch einige sozialistische Volkswirtschaftler. Mit demselben Recht können sich auch Arbeiter darauf berufen, daß hervorragende Praktiker sich gegen den Zwang des Hilfsdienstgesetzes wenden. Gegenüber den Befürwortern des Systems der teilweisen Zulassung des freien Handels mit Lebensmitteln steht die übergroße Mehrheit der Volkswirtschaftler, aus allen Parteien, auf dem Standpunkt, daß nur eine noch schärfere Erfassung aller Lebensmittel das deutsche Volk vor einer Katastrophe bewahren kann. Im übrigen aber dürften die Erfahrungen in Oesterreich uns davor warnen, das von Ihnen im Bunde mit den extremsten Agariern befürwortete System durchzuführen. Ich, wie auch der überwiegend größte Teil des deutschen Volkes erblicken in diesem System keine Verbesserung des heutigen Zustandes, sondern die größte Gefahr für das deutsche Volk. Wir verlangen, daß die Regierung nicht davon zurückschreckt auch die Produzenten von Lebensmitteln zu zwingen, alle Produkte dem gesamten Volke zur Verfügung zu stellen, ohne dafür die bisherigen Wucherpreise einzuhemmen. Nur wenn alle Lebensmittel reiflos erfaßt und gerecht verteilt werden, wird es möglich sein, ein weiteres Durchhalten zu erreichen. Nur wenn alle Teile des Volkes gleichmäßig die Last tragen, wird sie auch getragen werden können.

Aug. Siefeld.

\*) Siehe auch die Nummer 36 der „Volkswacht“.

# Danziger Nachrichten

## Stiftungsfall

Man schreibt uns: Der Ausschuss für Gemeindefürsorge im Mieterverein hat den Zweck, sich mit städtischen Angelegenheiten zu beschäftigen und an der Förderung des Wohles der Stadt kräftig mitzuwirken. Diefem Ausschuss gehören bisher folgende Organisationen an: Danziger Mieterverein, Arbeitsgemeinschaft der Beamten und Lehrer, Ortskartell der christlichen Gewerkschaften, Ortskartell der freien Gewerkschaften, Verein der Handwerker der Königl. Technischen Institute, Deutscher Lehrerverband, Evangelischer Arbeiterverein, Reichsverband der Kriegsteilnehmer, Ortsverband der Gewerkschaften, Kreisverband der Konsuminteressen, Kreuzbündnis, Verein abstinenten Katholiken, Abstinenzverein St. Birgitten. Seine Mitarbeit zugesagt hat der Internationale Guttemplerorden. Der Ausschuss umfasst also, abgesehen vom Kriegsausschuss für Konsuminteressen, etwa 18 000 Mitglieder. In einer Anzeige der heutigen Nummer wendet sich der Ausschuss an die Gemeindeglieder mit der Aufforderung, die Wählerliste einzusehen.

## Zur Stadtverordnetenwahl

Man schreibt uns: Der Ausschuss für Gemeindefürsorge im Mieterverein hat den Zweck, sich mit städtischen Angelegenheiten zu beschäftigen und an der Förderung des Wohles der Stadt kräftig mitzuwirken. Diefem Ausschuss gehören bisher folgende Organisationen an: Danziger Mieterverein, Arbeitsgemeinschaft der Beamten und Lehrer, Ortskartell der christlichen Gewerkschaften, Verein der Handwerker der Königl. Technischen Institute, Deutscher Lehrerverband, Evangelischer Arbeiterverein, Reichsverband der Kriegsteilnehmer, Ortsverband der Gewerkschaften, Kreisverband der Konsuminteressen, Kreuzbündnis, Verein abstinenten Katholiken, Abstinenzverein St. Birgitten. Seine Mitarbeit zugesagt hat der Internationale Guttemplerorden. Der Ausschuss umfasst also, abgesehen vom Kriegsausschuss für Konsuminteressen, etwa 18 000 Mitglieder. In einer Anzeige der heutigen Nummer wendet sich der Ausschuss an die Gemeindeglieder mit der Aufforderung, die Wählerliste einzusehen.

Es hat sich herausgestellt, daß sehr viele Gemeindeglieder nicht in der Liste stehen und zwar solche, die von auswärtig nach Danzig in die Betriebe kommandiert sind oder auf Grund des Hilfsdienstgesetzes Dienst tun. Jede 24-jährige männliche Person ist wahlberechtigt, auch wenn sie zum Heeresdienste einberufen ist. Nur die aktiven Soldaten haben kein Wahlrecht. Wer nicht in der Wählerliste steht, darf nicht wählen. Die Wählerliste liegt nur noch bis Sonntag mittag im Rathause aus.

## Bildungsarbeit

Mit einem Vortrage des bekannten freireligiösen Predigers und philosophischen Schriftstellers Laeser über das Thema: „Der Sinn und Wert des Lebens“ eröffnet die Reihe seiner diesjährigen, vielversprechenden Veranstaltungen. Der Vortrag findet am Freitag den 20. September, abends 8 Uhr, in der „Offbahn“ in Ostra statt. Der geringe Eintrittspreis ermöglicht es jedem, den Laeser-Vortrag zu besuchen.

Der Vortragende wird nicht nur die Frage nach dem Sinne des Einzelnen, sondern auch nach dem ewigen Sinn und Dauerwert des Weltalles, nach dem religiösen Bedürfnis des modernen Menschen und dem gemeinsamen Wahrheitsgefühl aller Religionen behandeln. Auch freie Ausprache ist gestattet.

Näheres ist aus dem Interat dieser Nummer ersichtlich.

## Bargeldloser Verkehr

### Eine Geschichte zum Verdrüßwerden

Von Th. Thomas.

Bei Meister Kollenhagen, einem kleinen Krauter, der gerade noch groß genug war, den Unternährerclubverband anzugehören, arbeitete seit Jahren Julian Schumann als Gehilfe. Der war einer von denen, die sich den Kopf über das Weltwirtschaftliche zerbrechen. Er dachte von und über den Krieg, bekam keine dreißig Mark und keine Schokolade. Was ist denn das? Er bekam die nicht, meinte er nicht in Geld. Der Meister war nämlich zugleich sein Hauswart. Frau Kollenhagen betrieb als unglückliche Person ein Krämerläden, wo jedermann Brot, Butter, Käse und Gemüse, aber auch Manufakturwaren, kostete, bekam. Das lag also nicht, daß die Familie Schumann bei Frau Kollenhagen kaufte? Sie zahlte die Waren nicht, sondern ein kleines blaues Buch, nämlich den bargeldlosen Verkehr. Da stand auf der einen Seite:

Einnahmen:	Ausgaben:
Lohn für eine Woche 48.— M.	für Lebensmittel . . . 14.— M.
	• Miete . . . . . 3.50
	• Schmittwaren . . . 4.20
	in bar . . . . . 6.30
Summa 48.— M.	Summa 30.— M.

Es war es lange Zeit vor dem Kriege gewesen. Daran ist doch nichts verändert. Da ist das Buch im vierten Jahre des Krieges. Frau Schumann hatte das Buch immer weiter, die Waren wurden teurer und teurer, der Lohn blieb 48 M. und der Preis für die Waren stieg auf 30 M. Schumann wurde 30 M. bezahlt.

Einmal fragte Frau Kollenhagen ganz ernstlich an der Mutter Schumanns: „Was ist denn das? Da hast du ein Buch, was ist das? Was ist das? Was ist das?“

„Aber Frau Kollenhagen, wir brauchen uns doch so ein, wir haben doch schon früher nur noch höchstens zwei Linsen, wir wollen doch leben.“

„Da ist es mir so, aber mehr als der Lohn ausmachen im Jahr ist es nicht, das ist ja mal für mich.“

Das Buch hat verdrüßlich. Das kleine blaue Buch hatte Schumann eine merkwürdige Veränderung erfahren: jetzt sah es so aus:

Einnahmen:	Ausgaben:
Lohn für eine Woche 48.— M.	Rest von voriger Woche 43.— M.
	für Lebensmittel . . . 20.—
	• Miete . . . . . 5.50
	• Wäsche usw. . . . . 6.10
Summa 48.— M.	Summa 66.60 M.

Das Spielzeit am 16. September, abends 8 Uhr, bei dem in der Stadt ein außerordentliches Mitglieder-Versammlung ab, auf deren Wichtigkeit auch an dieser Stelle ausdrücklich hingewiesen wird. Die Debatte über das in der letzten Versammlung behandelte Thema soll fortgesetzt und die Wahlrechtfrage besprochen werden. Dieser Hinweis dürfte wohl genügend in den Blickpunkt zu gefallen. Eingeladene Gäste haben Zutritt.

Stadttheater Danzig. Am Sonntag den 15. September wird die Spielzeit mit der Erstaufführung von „Hilfsbrand“, ein Drama in 3 Akten von Heinrich Villenfeld, eröffnet. In den Hauptrollen sind die Damen Helly Stollberg und Ubele Creugnach, die Herren Karl Klewer, Anton Neuhaus, Walter Jung, Carl Brädel und Heinz Brede beschäftigt. — Spielzeitung Direktor Rudolf Schaper. — Der Vorverkauf beginnt am Donnerstag den 12. September, vormittags 10 Uhr. — Näheres im Anzeigenblatt des heutigen Blattes.

Der am Sonntag den 15. September stattfindenden reichsdeutschen Uraufführung von Heinrich Villenfelds Drama „Hilfsbrand“ wird der Dichter persönlich betreten. — Das Werk wurde für die kommende Spielzeit bisher von den Bühnen in Köln, Stuttgart, Schwerin, Kiel, Magdeburg, Königsberg und Bremen angenommen.

## Der Wintergarten

schließt seine Pforten für diese Spielzeit am Sonntag den 15. September. Wir sagen wohl nicht zu viel, wenn wir behaupten, daß die Direktion unserer beliebten Sommerbühne sich in dieser Spielzeit, wie in den vorherigen, die größte Mühe gab, nur erstklassige Künstler zu engagieren und das Beste auf dem Gebiete des Varietés zu bieten. Das dem so ist, beweist am besten der gute Besuch, dessen der Wintergarten sich immer erfreuen konnte.

## Hoffmanns Erzählungen

Im Berliner „Mittelungsblatt“ veröffentlicht der Führer der Sprengelkassen in den Ebingen und Danziger Versammlungen, Adolf Hoffmann, eine längere resignierte Entgegnung auf unseren Versammlungsbericht, die erkennen läßt, daß diesem merkwürdigen Arbeiterführer, die Schädlichkeit seines Verhaltens in diesen Versammlungen auch nachträglich nicht zum Bewußtsein gekommen ist. Das nahmen wir ohnehin an. Wir hätten auch von der Hoffmannschen Erzählung kaum Notiz genommen, wenn wir nicht befürchten müßten, daß unser Schweigen von gewissen Kreisen falsch gedeutet würde. In einer Stelle seiner Epistel spricht Hoffmann die Vermutung aus, daß unser Bericht: „Unabhängige Revolutionsmethoden“ „aus der Feder des Herrn Hirsch selbst stammt“, und weiter unten schimpft er über den „Zeilenschinder der Volkswacht“. Den Genossen Hirsch als „Zeilenschinder der Volkswacht“ zu bezeichnen, ist sehr geschmacklos, aber trotzdem sehr geschicklich. Wenn die Hoffmannsche Hirschjagd, die er zum Gaudium aller Arbeiterfeinde in seinem Berliner „Mittelungsblatt“ recht widerwärtig zu schildern suchte, daselbst negative Ergebnis gehabt hätte, wie ein jämmerliches Räffelrat nach dem Verfasser unseres Berichts über jene denkwürdigen Versammlungen, so wären seine Getreuen in Ebingen und Danzig sicherlich nicht auf ihre Rechnung gekommen. Aber vielleicht kommt noch einmal die Zeit, wo Adolf Hoffmann und Konsorten ihre Handlungsweise in der Kriegszeit bitter bereuen werden. Wenn es dann zur Umkehr nur nicht zu spät sein wird.

Hoffmann wirkt uns „heuchlerische Entrüstung“ vor, zu der wir „nicht die geringste Veranlassung“ hätten. Er beruft sich darauf, daß seine Methode, Versammlungen zu sprengen, unter dem Sozialistengesetz sehr häufig angewendet wurde

und selbst von Wilhelm Piecknecht und Bebel gebilligt worden sei. Das mag wahr sein. Aber Hoffmann wird keinen einzigen Fall nachweisen können, wo die beiden anerkannten Führer des internationalen Sozialismus irgend wo eine Arbeiterversammlung gesprengt hätten, nur zu dem Zweck, um das Volk aufzuklären über diejenigen, die es benutzen wollten, um ihre unsauberen Pläne zu verwirklichen. Das schreibt ausgerechnet Adolf Hoffmann, der den Zweck unserer Versammlungen genau kennt. „Frieden, Freiheit, Brot“, lautet das Thema, das Genosse Hirsch behandeln sollte. Wie er es behandelt hat, beweist der Bericht in der „Volkswacht“ über seine Rede in der Graudener Versammlung. Wenn wir also Versammlungen abhalten, um für baldigen Frieden, gleiches Wahlrecht und bessere Ernährung des Volkes zu demonstrieren, so wollen wir damit — nach den kuriosen Hoffmannschen Darlegungen — das Volk benutzen, um unsere „unsauberen Pläne zu verwirklichen“. Dies Unterfangen mußte natürlich von Hoffmann und seinen Genossen schärfste Verurteilung zuzufinden werden. Nach dieser zutreffenden Selbstverurteilung Adolf Hoffmanns erübrigt es sich, auf seine weiteren Erzählungen näher einzugehen, denn sie sind genau so einseitig und töricht wie die obige Kostprobe. Es bliebe nur noch zu wünschen, daß den in das „unabhängige“ Lager verirrten Arbeitern recht bald ein Leichtes aufgehen möge über das die Arbeiterbewegung zeretzende Treiben der Haase, Lebour, Hoffmann und Genossen, ehe diese noch weiteres Unheil an der Arbeiterbewegung anrichten können.

## Ueber den „Streik um die hohen Löhne der Rüstungsarbeiter“

machte in einer gut besuchten Metallarbeiterversammlung am 10. d. M. der Verbandsangestellte Bauer, Stettin, folgende Ausführungen:

Das Kapitel von den hohen Löhnen der Rüstungsarbeiter ist zu einer ständigen Aush. in einem Teil der Presse geworden. Es ist demgegenüber notwendig, nachzuweisen, wie die Verhältnisse in Wirklichkeit liegen. Die Arbeitsbedingungen wurden bei Beginn des Krieges zunächst beeinflusst durch eine ungeheure Arbeitslosigkeit, von deren Umfang man sich durch die Tatsache eine Vorstellung machen kann, daß allein der Deutsche Metallarbeiterverband in einer der ersten Kriegswochen 483 000 M. an Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt hat. Durch die fortgesetzten Einberufungen zum Heeresdienst, den kolossalen Materialverbrauch und die Umstellung der Betriebe auf Rüstungsarbeit, trat an die Stelle des Arbeitsmangels bald ein Mangel an geeigneten Arbeitskräften. Eine Folge dieser Ummählung war die Steigerung der Löhne, dabei kam aber nur ein kleiner Kreis geschulter Arbeiter und räumlich fast nur Berlin in Frage. In der Provinz, besonders im Osten, stiegen die Löhne in den ersten Kriegsjahren fast gar nicht; hier war es die wieder einsetzende Tätigkeit der Gewerkschaften, die erst den Anstoß zu einer Anpassung der Entlohnung an die enorm gestiegenen Preise für alle Berufsstände gab. Gemessen an diesen Preissteigerungen kann von hohen Löhnen überhaupt nicht gesprochen werden. Durch Herausgreifen von Ausnahmefällen entsteht ein falsches Bild über die Lage der Rüstungsarbeiter. So berichtet Pfarrer Wahl in der „Rhein. Corr.“ von einer Arbeiterfamilie mit einem Monatseinkommen von 2000 M. Unsere Funktionäre haben festgestellt, daß es sich hier um den Vater, drei Söhne und eine Tochter, also um fünf Personen handelt; es kommt auf den Kopf ein Einkommen von 400 M. pro Monat. Es arbeitet eben jetzt alles! Daneben ist die Arbeitsleistung des Einzelnen bis zur Grenze des Erträglichsten gesteigert; Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit sind an der Tagesordnung. Soweit nun Feststellungen über die Verdienste von Rüstungsarbeitern vorliegen, liefern sie den Beweis, daß dem Gebrechen von deren hohen Löhnen jede Grundlage fehlt. Der Deutsche Metallarbeiterverband veröffentlicht in Nr. 31 der „Metallarbeiter-Zeitung“ das Ergebnis von Lohnhebungen in den Betrieben, in welchen im Jahre 1917 Lohnhebungen stattfanden. Erfasst wurden dabei insgesamt 796 006 Beteiligte, davon 509 945 Arbeiter und 286 061 Arbeiterinnen. Die Ermittlungen ergaben für 52,8 Prozent der Arbeiter einen Verdienst bis zu 60 M., für 51,1 Prozent der Arbeiterinnen bis zu 35 M. die Woche. Einen Stundenverdienst von 2 M. und darüber hatten 10 725 von 509 945, von den 286 061 Arbeiterinnen verdienten nur 229 mehr als 1 M. pro Stunde. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt das Kaiserl. Statistische Amt, das einen Durchschnittslohn von 70 M. für männliche und von 37 M. für weibliche Beschäftigte für September 1917 ermittelt hat. So

„Nu kriegen Se schon 18 Mark Kriegszulage, det is doch 'ne jachone Sache, was?“

Einnahmen:	Ausgaben:
Lohn für eine Woche 48.— M.	Rest von voriger Woche 102.40 M.
mit Kriegszulage . . . 48.— M.	für Lebensmittel . . . 38.80
	• Miete . . . . . 5.50
	• Schmittwaren . . . 18.10
Summa 48.— M.	Summa 164.80 M.

„Da, trotz der 48 Mark habe ich noch Schulden gemacht. 18 Mark habe ich mehr und 24 Mark bekommt Ihre Frau. Wo soll das hin?“

„Aber Schumann, Sie sind eener. Das kommt dabervon, daß eben die Preise hoch gestiegen sind, daran ist nicht zu ändern, dabervor sinds Höchstpreise.“

Meister Kollenhagen lachte gezwungen; es war ihm aber doch nicht ganz wohl dabei; die Sache war zu offensichtlich. Der Gehilfe hatte recht, das sah er ein.

Julian ging zu seiner Frau im vierten Stock. Diese war ganz fassungslos. Sie brauche Wäsche, Schuhe, Kinderhosen, das Geld sei rein wie verhegt, mit den 48 Mark könne sie gar nichts anfangen, für die 18 Mark Schmittwaren habe sie nur einige Kleinigkeiten bekommen. Dabei hungern sie alle.

Wieder ging ein halbes Jahr ins Land. Der Unternehmerclubverband raffte sich durch das Drängen der Organisation auf, unter großem Lärm wieder 10 Pfennig zuzulegen; die Arbeiter, auch Schumann, bekamen nun 40 Pfennig Kriegszulage.

Auf der anderen Seite stiegen die Preise für Hemden, Hosen, Leder um das Zehnfache. Es war zum Verdrüßwerden; je mehr Zulage, desto mehr stiegen die Ausgaben. Schumann hatte 300 Mark Schulden, nichts mehr in Kisten und Kasten, dabei die tröstliche Aussicht, jede Woche etwa 15 bis 20 Mark weniger zu verdienen, als er brauchte.

In der größten Not mußte die Frau das Kleinsten von der Brust reißen, die Kinder in die Krippe geben und selbst mitarbeiten. Nun ging es zwar so, daß sie gerade austamen, aber nur anfangs; die Arbeit der Frau riß Löcher in die jämmerlichen Reste der Strümpfe, Wäsche, Kleider, da sie nur noch mangelhaft instandgesetzt werden konnten.

Ende August 1918 drohte der Geduldsfaden Julians zu reißen, sein Buch hatte inzwischen ein merkwürdiges Gesicht bekommen. Die Schulden waren gestiegen, sein Einkommen betrug nur noch zwei Drittel der allernötigsten Ausgaben, die Frau konnte nicht mehr schaffen, gehen.

In den bürgerlichen Blättern aber las man zu gleicher Zeit: „Neue Teuerungszulagen stehen wieder in Aussicht. Die Arbeiter haben sie mit der Begründung gefordert, sie könnten die Lebensmittelpreise nicht mehr erwidern. Die Löhne stehen nun aber schon so hoch, daß eher an einen vernünftigen Abbau gedacht werden muß.“

Als Julian das las, griff er zu seinem Buch, dann an den Kopf, endlich aber fing er wie ein Verdrüßter an zu lachen. . . . Warum er eigentlich so gelacht hat?

ich loof nur, was ich nötig haben muß, aber während ich früher jede Woche noch sechs bis sieben Mark rauskriegen tat, muß ich jetzt ausahlen, der jeh nicht.“

„Ja, lieber Freund, daran bin ich nicht schuld, ich habe Ihnen fünf Pfennig Kriegszulage gegeben, das ist doch aller Ehren wert!“

„Was müger mit die fünf Pfennig, Ihre Frau nimmt mir in einer Woche doch das Zehnfache mehr ab.“

„Der jeh mit für nicht an, der wird hier nicht vermischt, was meine Frau macht. De Paten werden eben teurer, da is nicht zu ändern. Se müßen sich eben noch mehr einschränken. Aber daß Se leben, ich bin nicht so eener, Se kriegen noch 10 Pfennig Kriegszulage, daß ich meinswegen kaputt geh. Also von heute an 39 Mark.“

Julian lachte des Erfolges wegen über das ganze Gesicht. Was wurde es, daß noch in der gleichen Woche die Mutter von 2,10 Mark auf 2,80 Mark hob, die Kartoffeln von 4 auf 7,10 Mark der Zentner? Er hatte jetzt keinen „Ausgleich“.

Gegen April 1917 kam eines Tages seine Frau meinent zu ihm: „Frau Kollenhagen hat mir gesagt, nu müßen wir erst mal den Rest zahlen, so ginde das nicht weiter.“

„Das jeh ich nun doch in die Schieber. „Gib mal das Buch her. Donnerwetter, Donnerwetter, was ist denn das?“ Er sah seltsam vor sich.

Einnahmen:	Ausgaben:
Lohn für eine Woche 48.— M.	Rest von voriger Woche 74.— M.
mit Zulage . . . . . 39.— M.	für Lebensmittel . . . 32.40
	• Miete . . . . . 5.50
	• bto. Gegenstände . . 8.40
Summa 39.— M.	Summa 120.30 M.

„Man konnte er wie während hinunter in den ersten Stock, sich an der Klingel und sah bei Meister Kollenhagen einen fürchterlichen Anblick. Er hatte schon Schulden gemacht, außerdem verschiedene verlegt, um Steuern und anderes zu zahlen, aber die Schulden steigerten, nun soll er nichts mehr haben? Wie er sich das dachte? Dabei hielt er ihm das Buchlein unter die Nase.“

„Kein Wieder, nu man lachte, det Buch von meiner Frau jeh mir jet nicht an, det hab ich Ihnen schon mal jehagt. — Lohn is hoch, der wollen wir mal genau auseinandersetzen. Sie leben zu knapp, wir müßen also sparen. Sie müßen sich noch mehr einschränken, da leben Se nicht an, ich muß auch lachte tun.“

„Da, ich muß doch mit meiner Familie leben, wie soll ich das denn machen? Wir kaufen doch schon seit Monaten nicht mehr ein.“

„Na, also, ich kanns nicht ändern. Zutagen kann ich jeh noch nicht. Aber ich will mit meiner Frau reden, sie soll Ihnen keene Rängelchen vormachen. Es kommen noch bessere Zeiten.“

„Ja, was jeh ich aber davon? Die Schuld steigt immer mehr und.“

Meister Kollenhagen war schon verschwunden. Nun hing Julian das Buch an, mit dem Gefühl, daß er Kopfschmerzen, die Teuerungszulagen erhöht; er bekam nun 30 Pfennig. Als er diesmal sein Buchlein bekam, meinte der Meister:

nicht es in Wirklichkeit aus. Bei Beendigung des Kriegs, der Einstellung der Rüstungsarbeit und der Rückkehr der im Felde stehenden Soldaten ist wieder, wie bei Beginn des Krieges, mit einer erheblichen Arbeitslosigkeit zu rechnen. Diese Arbeit wird das Unternehmertum zum Lohnbruch hemmen, wenn die Arbeiter nicht in starken Organisationen einen genügenden Gegendruck ausüben können. Die Stellung der Unternehmer im Wirtschaftsleben ist während des Krieges nicht geschwächt, sondern stärker geworden; ihre Organisationen stehen gefestigter da als je. Diesen Unternehmerorganisationen müssen wir geschlossene Arbeitervereinigungen gegenüberstellen. Nur so werden wir uns in der Gegenwart behaupten können und den kommenden Ereignissen gewachsen sein.

Der besichtigte, aufgenommene Vortrag wurde noch ergänzt durch Ausführungen von Arbeitern der hiesigen Erwerbsämter, die an Hand der Tatsachen und eigener Wirtschaftsrechnungen den Nachweis erbrachten, daß bei den hier ergelbten Berichten ein Auskommen für Familienväter selbst bei größter Einschränkung nicht möglich sei.

Mit der Mahnung, aus dem Gehörten die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen und eifrig für die Organisation zu werben, schloß Kollege Arczinski die anregend verlaufene Versammlung.

### Schwierigkeiten in der Ernährungsfrage

wurden im Großen Arbeitnehmersausschuß am Montag den 9. September im weißen Saale des Rathhauses unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Scholz in einer Dauer Sitzung von 4 1/2 Stunden verhandelt. Dr. Grünspan wendet sich zunächst gegen eine in der „Volksmacht“ wiedergegebene Äußerung eines Teilnehmers der letzten Versammlung des freien Gewerkschaftskartells, wonach in diesen Kreisen der Große Arbeitnehmersausschuß als „Beruhigungspille“ angesehen wird.

Diese Bezeichnung trifft nicht zu. Wir haben uns immer bemüht, in gemeinsamer Aussprache das Richtige zu finden. Wir leisten hier gemeinsame Arbeit für die Allgemeinheit. Wer eine andere Auffassung hat, so kann das nur jemand sein, der entweder unserer Verhandlung nicht beiwohnt oder eine falsche Auffassung von unserer Arbeit hat.

Die Ernährungsfrage ist immer noch schwierig. Milch ist abgebrochen. Marmelade fehlt. Die erste Zuteilung wird im Oktober stattfinden. Mühlenfabrikate sind teurer geworden und gegenwärtig nicht vorhanden. Wehl kann als Ersatz für Fleisch nicht gegeben werden. Der Kartoffelersatz ist groß und wird uns helfen die Schwierigkeiten zu mildern. Gemüse ist reichlich vorhanden aber zu teuer. Die Bekuhung der Speisehallen hat, wie immer wenn es reichlich Gemüse gibt, nachgelassen. 6300 Portionen sind im August weniger ausgegeben worden. Die Verluste sind gestiegen. Mühlenfabrikate und Frühkartoffeln sind teuer und wirken auf den Betrieb der Speisehallen verteuern ein. Die Besucher der Speisehallen werden im Verhältnis zu der übrigen Bevölkerung reichlicher versorgt.

Aus dem Frühdruck stammendes Wehl wurde feucht verbacken, wodurch die Beschaffenheit des Brotes litt. Jetzt ist dieser Zustand überwunden. In der Stadt sind Gerüchte im Gange, daß es im Winter keine Butter geben soll. Diese Gerüchte sind falsch. Es wird voraussichtlich alle 10 Tage ein adätes Pfund gegeben werden können. Milch wird, nachdem der Erzeugerpreis auf 36 Pf. festgelegt ist, für Danzig 56 Pf. im Kleinhandel betragen. Die Erhöhung wird nach einstimmigem Beschluß des Milchausschusses auf den Butterpreis umgelegt werden. Dadurch spart eine vierköpfige Familie mit zwei Kindern, die Milch erhalten, jede Woche eine Mark. Der Erzeugerpreis für Butter beträgt vom Oktober ab 4 Mark. Der Kleinhandelspreis wird, wenn die Erhöhung bei Milch auf den Butterpreis umgelegt wird, 6 Mark das Pfund betragen. Die Provinzialstelle hat sich jetzt einen Beirat geschaffen. Ihr gehört von Danzig, als Vertreter, Herr Gehl an. Die Versorgung der Säuglinge mit Milch wird sichergestellt durch die in der Stadt und dem Kreise Danziger Höhe erzeugte Milchmengen. In den fleischlosen Wochen wird für das fehlende Fleisch Ersatz an anderen Nahrungsmitteln gegeben werden. Der Fischfang ist nach wie vor schlecht. In einigen Tagen hatten wir reichliche Heringsfänge. Des Sturmes wegen brachen diese ab.

### Ueber Kartoffel-, Brenn- und Leuchtstoffversorgung führt Stadtrat Schwarz aus:

Kartoffeln sind reichlich vorhanden; sie konnten zum Teil marktfrei abgegeben werden. Am 15. September beginnt die Winterversorgung. Diejenigen, die sich selbst eindecken, erhalten pro Kopf und Woche 1 1/2 Pfund mehr. Diese Menge wird als Schwund gerechnet. Die Brennstoffversorgung läßt viel zu wünschen übrig. Ein Kontrolleur der Reichshofenstelle hat sich hier von der schlechten Versorgung überzeugt und wird für bessere Belieferung eintreten. Im Juli sollte Danzig 17 000 Tonnen Kohlen erhalten. Angeliefert sind aber nur 9037 Tonnen. Die Folge der schlechten Antieferung ist, daß Kohlenarten bisher nicht ausgerufen werden konnten. Der von der Stadt gelieferte Torf ist von guter Beschaffenheit; er wird viel verlangt. Die Petroleumversorgung ist sehr schwer. In diesem Winter kommt nur ein Viertel des bisherigen Quantums zur Ausgabe. Der Magistrat wird als Ersatz Kerzen und Karbid beschaffen. Ob billige Karbidlampen beschafft werden können, steht noch dahin. Daß wir trotz des Friedens mit Rumänien weniger Petroleum erhalten, liegt wohl daran, daß der Bedarf von Meer und Marine gestiegen ist.

### In der Generaldebatte führt der Vertreter des freien Gewerkschaftskartells, Genosse Krüger, folgendes aus:

In weiten Kreisen ist die von Dr. Grünspan gerügte Auffassung verbreitet, daß der Große Arbeitnehmersausschuß dem Magistrat als „Beruhigungspille“ diene. Diese Auffassung hat ein Redner im Gewerkschaftskartell wiedergegeben. Daß sie entstehen konnte, ist auf die mageren amtlichen Berichte über die Sitzungen des Großen Arbeitnehmersausschusses in der bürgerlichen Presse zurückzuführen, die bis hier geübte Kritik nicht enthalten. Wir kommen mit dem Willen hierher, positive und praktische Arbeit zu leisten. Wenn wir manchmal keinen Erfolg haben, so liegt das nicht an uns. Daß der städtische Milchausschuß die ungeheure Preiserhöhung bei Milch auf den Butterpreis umgelegt hat, ist zu begrüßen. Aber die Spannung vom Erzeuger zum Kleinhandelspreis ist zu groß. Die Fischabgabe ist nicht einwandfrei. Hierbei findet ein förmliches Tauschgeschäft statt, nicht vor den Augen der Behörden. Brotsausmitteln sind in letzter Zeit nicht gegeben worden. Hier sollte sofort Wandel geschaffen werden. Die Kartoffelration ist zu gering. Sie muß unbedingt auf zwei Pfund pro Kopf und Woche erhöht werden. Das Kriegsernährungsamts hat diese Forderung des Kriegsausschusses für Konsumtentenkreisen nicht abweisen können. Daß Kartoffeln genug vorhanden sind, beweist der damit betriebene Schleichhandel. Mit der Tatsache, daß nur ein Viertel des bisher gelieferten Quantums an Petroleum vorhanden ist, können wir uns nicht zufrieden geben. Die ärmere Bevölkerung leidet furchtbar unter dem Petroleummangel. Daß wir trotz des Friedens mit Rumänien und der Ukraine jetzt weniger Petroleum bekommen sollen, ist sehr traurig, wie das kommt, mögen die Götter wissen.

Dr. Grünspan gibt zu, daß die Zustände auf dem Markt schlecht seien. Es werde erwogen werden, ob die Anbenennung eingeführt werden könne. Als Brotsausmitteln werde an Stelle von Marmelade, Kunsthonig gegeben werden. Auch Saccharin werde demnächst zur Verteilung kommen. Frau Leu und Magroßklonieren, daß der Magistrat Kartoffelmarken für 2 Wochen ausgerufen habe. Wenn dies in Zukunft geschehe, so sollte auch dafür gesorgt werden, daß die Kartoffelhändler für ihre Kunden genügend Kartoffeln geliefert würden. Diesmal wäre das nicht der Fall. In der Bevölkerung sei die Meinung verbreitet, daß der Magistrat durch die Doppellieferung, kurz vor Herausgabe des Preises, sich schnell ein Geschäft machen wollte. Stadtrat Schwarz

hält die Beschwerden für richtig, meint aber, daß zu der Doppellieferung große Zufuhren Veranlassung gaben. Neumann kritisiert, daß Kartoffeln aus dem Osten bis nach Mader gebracht würden, wo sie nach 10- bis 12-tägiger Fahrt in schlechtem Zustande einträfen. Oberbürgermeister Scholz stellt fest, daß der Magistrat keinen Einfluß auf den Transport ausüben vermöge. Köppen fragt, wie es komme, daß an Private große Kohlenmengen gegeben würden. Stadtrat Schwarz erwidert, daß es vorkomme, daß Familien von der Industrie oder der Eisenbahn-Kohlen in größeren Mengen beziehen, die der Stadt nicht angerechnet würden. Kohlenrevisionen seien jetzt kaum nötig, weil wohl alle Bestände aufgebraucht sein werden. Heintz ist der Meinung, daß auch die auf illegalem Wege beschafften Kohlen der Allgemeinheit zugute kommen müssen. Siebert erklärt, daß die Arbeiter, die von den Betrieben Kohlen erhalten, ihre Kohlenmarken abgeben müßten.

Ueber diese Angelegenheit äußern sich noch Stadtrat Schwarz, Habenicht, Klatt, Behrendorf, Stadtverordneter Nik. Bekterer verlangt, daß Richtpreise für Kohlen beschlossen werden möchten. Wegen zu vielen Lichtverbrauchs würden jetzt Strafen eingezogen, obwohl Oberbürgermeister Scholz die Erhebung der Strafgebühren seinerzeit nicht in Aussicht gestellt habe. Oberbürgermeister Scholz sagt, daß die Festsetzung des Quantum für den Gasverbrauch mit Mißde erfolgen solle. 80 Prozent der bisher verbrauchten Menge dürfen jetzt nur verbraucht werden. In diesem Sinne sei die Gasanstalt angewiesen zu verfahren. Frau Leu ist der Meinung, daß man mit der bis zu einem Viertel des bisherigen Quantums reduzierten Petroleummenge jetzt besser auskommen werde wie im Vorjahre, denn damals haben die Händler mit dem Petroleum machen können was sie wollten, jetzt müßten sie aber nachweisen, wo sie das Petroleum gelassen haben.

Reel: Mir ist eine große Anzahl Familien bekannt, die jetzt hohe Strafen an Mehrverbrauch an Gas bezahlen sollen. Es sind dies Familien, deren Ernährer im Felde stehen, die Frauen tagsüber hier in der Rüstungsindustrie oder anderen Industrien beschäftigt sind und nach ihrer Berufsarbeit zuhause bis in die Nacht hinein mit Waschen und Ausbessern der Kleider, Reinemachen usw. beschäftigt sind. Diesen Familien sollte man unbedingt die Strafen erlassen. Sie haben kein Interesse daran, ins Blaue hinein Gas zu verbrauchen, denn der teure Gaspreis zwingt sie zum Sparen. Beschwerden dieser Familien bei der Verwaltung der Gasanstalt an Thornschnoweg werden dort nicht mit Milde behandelt. Die Strafenbeseitigung ist sehr verschieden. In der Altstadt herrscht ägyptische Finsternis, wohingegen andere Stadtviertel besser beleuchtet werden.

Oberbürgermeister Scholz erklärt, daß er angewiesen habe, jeden Fall bis ins einzelne nachprüfen, wenn das nicht geschehen sei, so werde hier gegen seine Anordnung gehandelt, was er aber nicht annehmen könne. Ueber die Strafenbeseitigung habe der Magistrat nicht alleine zu beschließen und anzuordnen, wo Laternen brennen sollen. Hierbei bestimme die Polizei mit. Die Strafen für Mehrverbrauch an Gas müssen eingezogen werden. Wo solche von Herrn Reel vorgebrachten Fälle vorliegen, sollten die betreffenden Familien Anträge auf Zurückweisung einer größeren Gasmenge stellen. Diese Anträge würden wohlwollend geprüft werden.

Gehl empfiehlt bei dem jetzigen Mangel an Brotsausmitteln, Schmalz auszugeben, oder wenn keins vorhanden sein sollte, Obst zur Verteilung zu bringen und dazu eine Zuckerzulage zu geben, damit sich die Familien selbst Marmelade herstellen können. Stadtrat Grünspan betont noch einmal, daß in nächster Zeit Kunsthonig ausgegeben werde.

Ueber die Industrieverföhrung mit Lebensmitteln entspinnt sich eine längere und sehr interessante Debatte. Von Vertretern der Königl. techn. Institute wird erklärt, daß das überwiesene Fleisch, soweit es nicht für die Betriebsküchen verwendet wird, an die Arbeiterschaft zur Verteilung gelangt. Nicht so einwandfrei scheint die Verwendung des der Kaiserlichen Werft überwiesenen Fleisches zu erfolgen. Dr. Grünspan teilt nämlich mit, daß diesem Betriebe für die dort eingerichtete Massenpeisung 10 Rinder überwiesen sind. Von anderer Seite wird darauf hingewiesen, daß die Fleischzuteilung nur als Zulage für die Rüstungsarbeiter gedacht sei. Die Verteilung solle durch Arbeiterschüsse erfolgen. Von Vertretern der Kaiserl. Werft wird erklärt, daß der Arbeiterschuss ohne Einfluß auf Regelung und Verwendung der Fleischzulage sei. Es schein auch nicht zu stimmen, daß das Fleisch für die Nütungsarbeiter bestimmt sei. Ihnen sei erklärt, daß das Fleisch dem Wohlfahrtsverein überwiesen sei, der es in seiner Küche verbräuche. Diese Mitteilung erregt allgemeines Befremden, zumal diese riesigen Fleischmengen nur etwa 150 Personen zugute kommen, während die Allgemeinheit durch Einschaltung von fleischlosen Wochen und Kürzungen benachteiligt sei. Gewünscht wird ferner, der Industrieverföhrungsstelle einen Beirat zu geben, um eine Kontrolle zu ermöglichen. (Uns scheint, als wenn hier die alten Klagen zum Vorschein kommen, die die Arbeiter der Kaiserlichen Werft schon oft vorgebracht haben. Sollte es der Direktion tatsächlich nicht möglich sein, den Wünschen der Arbeiter Rechnung zu tragen? Was hat z. B. der Wohlfahrtsverein mit der Fleischverteilung zu schaffen? Die Arbeiterschaft hat bittere Erfahrungen genug mit derartigen Einrichtungen gemacht. Wie meinen doch, daß die Ernährungsfrage gerade brennend genug ist. Neuer Zündstoff ist hier wirklich nicht mehr nötig. Es wirkt auch nicht sehr erbeugend, wenn man sich bei dieser Angelegenheit, die der dringenden Aufklärung bedarf, hinter den Wohlfahrtsverein versteckt. Wie halten eine Äußerung der Industrieverföhrungsstelle für dringend am Platze und können nicht begreifen, warum ausgerechnet nur diesen 150 an der Wohlfahrtsküche Teilnehmenden 10 Rinder zur Verfügung gestellt werden. Oder bestehen etwa für die Kaiserliche Werft andere Bestimmungen, wie für Rüstungsarbeiter anderer Betriebe? Wir können uns nicht denken, daß das Kriegsernährungsamts hier solche unverständlichen Ausnahmen machen sollte. Aber halt, es gibt doch auf der Kaiserlichen Werft einen Arbeiterschuss; wo ist er? Red. d. „B.“)

Oberbürgermeister Scholz erklärt, daß er bei jeder Gelegenheit gegen diese Industrieverföhrung angerannt sei, bisher aber ohne Erfolg. Der Westen verlange die Industrieverföhrung und glaube, ohne sie nicht auskommen zu können. Von anderer Seite wird darauf hingewiesen, daß die Arbeiterschüsse die Industriezulagen regeln. Es müsse darauf hingewirkt werden, daß auch dem Arbeiterschuss der Kaiserlichen Werft die Regelung übertragen werde. Im Ruffenlager wird ein lebhafter Handel mit Brotarten getrieben, dem nachgegangen werden soll.

Eine Anfrage, ob in der Speisehalle in der Wallgasse auch nachts gearbeitet würde, wird von Frau Leu bejaht. Es komme vor, daß sie als Aufsichtsdame erst sehr spät von dem Küchenzettel des nächsten Tages unterrichtet werde. In diesem Falle bliebe eben nichts anderes übrig, als alle möglichen Kräfte zusammenzuführen und mit diesen die für den nächsten Tag bestimmte Kartoffelmengen, die bis zu 40 Zentnern ausmache, zu schälen. An diesem Kartoffelschälen, das an dem fraglichen Abend bis 2 Uhr nachts dauerte, habe sich auch Frau und Herr Habenicht beteiligt. Oberbürgermeister Scholz bestätigt, daß Klagen über Frau Leu nicht vorliegen. Für die Speisehalle in der Wallgasse solle ein Koch eingestellt werden. Ausdrücklich wird hervorgehoben, daß die Kommission die Kostproben aus jedem Kessel nach Wunsch entnehmen könne.

Moniert wird der hohe Preis für Räucherheringe und die geringe Verteilung von Edeffischen, wie Aale und dergleichen. Von einer Menge von 60 Zentnern seien kürzlich nur 170 Pfund Aale in Danzig geblieben.

Zum Schluß wird auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die das Unterbringen von Bezugsscheinen für Schuhe verursacht und um Abhilfe ersucht. Desgleichen wird der Magistrat aufgefordert, alles zu tun, um die Wohnungsverhältnisse zu mildern. Oberbürgermeister Scholz erwidert, daß der Magistrat bereit sei, mit den gemeinnützigen Baugenossenschaften Hand in Hand zu arbeiten, um der Wohnungsnot zu steuern.

### Die letzte Preisfestsetzung für Gemüse

gefällt den Groß- und Kleinhändlern absolut nicht. Sie klagen darüber, daß sie bei dieser Preisfestsetzung zu kurz gekommen seien. Das ist erklärlich, wenn man sich z. B. folgende Preise für Weißkohl betrachtet:

Festgesetzt am:	Erzeugerpreis	Großhandelspreis	Kleinhandelspreis
17. August 1918	7,60 Mt.	11,00 Mt.	16,00 Mt.
31. August 1918	4,00	7,00	9,00

Die Spannung zwischen Erzeuger- und Kleinhandelspreis betrug also am 17. August 8,40 Mt. Sie wurde reduziert am 31. August auf 5,00 Mt. pro Zentner. Darob entstand großes Hallo bei einigen Händlern, das noch von Herrn Felix Krawalki in unverantwortlicher Weise dadurch geschürt wurde, daß er den Händlern sagte: „Bedankt euch für die Schwälterung bei Herrn Gehl, denn der hat Schuld daran.“

Wenn den Genossen Gehl weiter keine Schuld trafe als die, dafür gesorgt zu haben, daß der Preis für Weißkohl wesentlich herabgesetzt wurde, so wird er sie sicherlich in aller Ruhe zu tragen wissen. Aber abgesehen davon, wollen wir einmal daran erinnern, was für Preise früher für Weißkohl bestanden.

Vor dem Kriege bezahlte man für einen Kopf Weißkohl im Durchschnitt 20 bis 30 Pf. 1915 wurde ein Höchstpreis von 4 Pf. für das Pfund festgelegt. Hat etwa damals der Handel an diesem Kohl auch 8,40 Mt. bezw. 5,00 Mt. pro Zentner verdient? Es ist wohl nicht anzunehmen, daß die Erzeuger den Händlern für die Abnahme noch Geld zugegeben haben. Wenn aber 1915 für Weißkohl am Markt nur 4 Mt. bezahlt wurden und wir trotzdem damals reichliche Zufuhren an Weißkohl hatten, so kann der Händlergewinn auf keinen Fall so groß gewesen sein, wie nach der letzten Preisfestsetzung am 31. August, die dem Handel immer noch einen höheren Gewinn bringt, als der Erzeugerpreis beträgt. Mit einem durch die letzte Preisfestsetzung erreichten Verdienst von 125 Prozent, sollte aber der Handel sehr zufrieden sein und darüber hinaus keine übertriebene Forderungen an die Verbraucher stellen. Dafür müßte in erster Linie die Verwaltung des Großmarktes sorgen. Ihre Aufgabe ist es nicht, die Gegensätze zwischen Verbraucher und Händler durch unüberlegte Redensarten, wie die oben wiedergegebenen, noch zu schüren.

Wir haben gewiß volles Verständnis für die Schwierigkeiten der Kleinhändler. Wir wissen, daß ihre Kosten gegen früher wesentlich gestiegen sind und haben nichts gegen diesen Verhältnissen Rechnung tragenden Mehrverdienst. Aber in erster Linie ist es Sache der Händler selbst, sich eine starke Vertretung zu schaffen oder dafür zu sorgen, daß die Kreise, die für Preisfestsetzungen in Frage kommen, von ihren Wünschen und Forderungen genügend informiert werden. Geschieht dies nicht, dann mag der Handel sich nicht wundern.

## Plantoxsuppe mit billigen Klößen zum Sattessen

für 4-6 Personen.

Zutaten: 2 Liter Wasser, 200 Gramm Kartoffeln, 150 Gramm Mehl, 4 Teelöffel Mantor.

2 Liter kaltes Wasser, etwas getrocknete Spargelschale, Erbsenschale und Selleriekraut wird angelegt. Mit diesen Zutaten läßt man die Brühe recht langsam 2 Stunden kochen. Es empfiehlt sich, wenn man die Suppe 40 Minuten ansetzt und in der Kochzeit weiterkochen läßt. Nach dieser Kochzeit setzt man folgende Klöße in die Brühe und kocht die Suppe zusammen mit den Klößen 15 Minuten. 200 Gramm Kartoffeln werden am Tage vor dem Gebrauch mit der Schale gekocht, dann wird die Haut abgezogen. Am nächsten Tage werden die Kartoffeln gerieben, 150 Gramm Mehl und ein ganzes Ei wird dazugegeben. Von dieser Masse formt man Klöße.

„Mantor“ ist in fast allen Kolonialwaren- und Delikatessen-Geschäften in Packungen von 30 Gramm, 1/2, 1/4, 1/2 und 1/4 Pfund zu haben und von der Erzeugerfirma in Hamburg genehmigt. Paraguar-Fleischextract-Gesellschaft m. b. H., Hamburg.



...kürzen zu ... kommen, daß es keinen Sinn hat, den Krieg fortzusetzen. Und ich glaube fest, daß diese Meinung noch vor dem Winter erfolgen wird.

### Die englischen Gewerkschaften zur Friedensfrage

Bern, 9. September. D. S. B. Der dritte Verhandlungstag des britischen Gewerkschaftskongresses geht der Entscheidung der von zahlreichen Seiten beantragten, verschieden formulierten Friedensentscheidungen. Abgesehen von einer provisorischen Rede Havelock Wilsons verließ die Aussprache unerwartet ruhig, da, wie der Sonderberichterstatter der „Daily News“ mitteilt, die hervorragendsten Vertreter der verschiedenen von einem sofortigen Waffenstillstand, jedoch bis zum eingehenden Genoffrieden gehenden Richtungen vor Eröffnung der Verhandlung sich auf eine einzige gemeinsame Entschliessung geeinigt hätten, die folgenden Wortlaut hat: „Dieser Kongress bekräftigt die Entschliessung des Kongresses zu ... und erhebt um Erklärung der ... der internationalen Konferenz in London, welche fordert, daß jede arbiträre Macht ... die für sich, im geheimen und nach freiem Ermessen den Frieden der Welt stören kann, vernichtet werde, oder falls eine Vernichtung gegenwärtig unmöglich ist, zum wenigsten zu schneller Nachschliessung gebracht werde. Er fordert weiter, daß wenn bei Friedenskonferenzen der Frieden erstrebt wird, eine angemessene Vertretung der Arbeiterschaft zugelassen werde. Der Kongress erhebt die Regierung, sofort Friedensverhandlungen zu eröffnen, sobald der Feind freiwillig oder gezwungen Frankreich und Belgien räumt, und bekennt sich erneut zu den Grundföhen der Internationalen als der sichersten Garantie für den Weltfrieden.“

Der Abgeordnete Thomas von der Eisenbahnunion bestürmte die Annahme der Entschliessung, indem er ausführte, daß, unbeschadet der verschiedenen Ansichten über den Krieg unter der Arbeiterschaft volle Einigkeit darüber herrsche, daß sie das Recht habe, zu bestimmen, was die Friedensbedingungen sein sollten. Der Redner wies darauf hin, daß der Arbeiterschaft der Ententeländer gelungen sei, trotz der großen Meinungsverschiedenheiten zu einer einheitlichen Kriegserklärung zu gelangen, welche bisher die einzige greifbare Erklärung für die Herbeiführung des Weltfriedens sei. Die aus den feindlichen Ländern darauf eingegangenen Antworten hätten freilich enttäuscht, insbesondere sei die der deutschen Mehrheitssozialisten leider unbefriedigend. Aber dieser Umstand berechtige niemand, die Bemühungen der Arbeiterschaft, alle Wege zur Herbeiführung eines bleibenden Friedens zu versuchen, zu verurteilen. Unsere Sache ist, weiter zu kämpfen, bis die Urfrage aller Kriege, nämlich der Militarismus, beseitigt ist.

Die Brüderlichkeit der Menschheit ist die beste Bürgschaft für den Frieden. (Auser Beifall.) Thorne von der allgemeinen Arbeiterschaft unterstützte die Entschliessung, wobei er ausführte, er sei für die vollständige Vernichtung der deutschen Kriegsmaschine. Ich bin aber nicht bereit, zum Aufbau der militärischen Maschine in England beizutragen. Der nächste Redner war der Pastors Turner vom Textilarbeiterverband. Er sagte: Die sagen wir in Lunum, daß wir fortjahren müssen, die Deutschen, Oesterreicher und Türken zu töten, bis sie ausgerottet sind. (Zurufe: Jawohl!) Das erscheint als die richtige Politik. Ist es aber wert, ein paar Millionen unserer Männer zu verlieren? Für die Mütter des britischen Reiches würde es keinen Wert haben, wenn wir eine Million Deutsche töteten und dabei hunderttausend ihrer Söhne verlieren. (Beifall.) — Tillet von der Doctarbeiternunion beschuldigte die deutschen Sozialdemokraten, die Sache der Demokratie preisgegeben zu haben. — Havelock Wilson, der bekannte Kriegsfreund, von der Seemannsunion sprach scharf und satirisch gegen die Entschliessung. Er protestierte, daß die Friedensverhandlungen beginnen sollten, wenn Frankreich und Belgien von den Deutschen gefandert wären, denn man dürfe Russland nicht vergessen. — Shaw von der Weberunion wies darauf hin, daß die Entschliessung zum ersten Male klar die Bedingung aufstelle, daß die deutschen Sozialisten eine genaue Antwort auf das interalliierte Kriegsmantel geben müßten, ehe Verhandlungen mit ihnen möglich seien. Nach den Erfahrungen, die Russland und Rumänien mit dem Verhandlungsfrieden gemacht hätten, glaube er nicht, daß ein solcher mit Deutschland möglich sei. — Ammon von den Postangestellten erklärte, daß die Absicht derer, die für den Verhandlungsfrieden eintreten, darauf gerichtet sei, die an der Front zu unterliegen, die dort stünden, weil sie dazu gezwungen würden. Wenn dieses der letzte Krieg sein solle, warum empfinden denn die Anaben in den Mittelstaaten und Universitäten militärische Ausbildung? Wer anders sei denn für die jetzige Lage in Russland verantwortlich als die alliierten Regierungen und die englische Regierung im besonderen? — Arbeiterminister Roberts, der als Delegierter der Schriftsetzerunion sprach, stellte fest, daß die Entschliessung einerseits Verhandlungen mit den feindlichen Sozialisten ausschließe, bis sie ihre Kriegsziele erklärt hätten, andererseits aber den Kongress verpflichtete, die Durchführung des Krieges zu fördern, bis die Deutschen aus Frankreich und Belgien vertrieben seien.

Die britischen Arbeiter hätten das Recht, bei den Friedensbedingungen mitzureden, aber nur in demokratischer Weise nach Abhaltung allgemeiner Wahlen durch Beeinflussung der Regierung im Unterhause. — Nach Schluß der Aussprache wurde die Entschliessung gegen nur 6 Stimmen angenommen.

Die Londoner „Daily News“ melden, daß der englische Gewerkschaftskongress in Derby am Freitag mit 2 130 000 Stimmen die Kriegserklärung um jeden Preis verworfen hat. Die gegen diesen Beschluß abgegebenen Stimmen betragen nur 462 000.

### Deutschland

#### Eine Kaiserrede an die Essener Arbeiter

Wie W. B. aus Essen vom 11. September meldet, hielt dort Wilhelm II. an eine Versammlung Kruppischer Arbeiter eine Ansprache, in der er zunächst der großen Kriegserleistungen der Kruppwerke und ihrer Arbeiter gedachte und ihnen dankte für ihre Pflichterfüllung, „trotz der drückenden Sorgen von Not und Elend, die uns alle getroffen haben“. Von Trauer und Sorgen sei kein Haus verschont geblieben, „weder das Fürstenthaus, noch das schlichte Arbeiterhaus“.

Der Kaiser hat weiter die Mahnung ausgesprochen, von Parteilungen abzuhehen. Er wiederholte seine Worte vom 1. August 1914: „Ich kenne keine Parteien, ich kenne nur Deutsche“.

Die Mahnung des Kaisers, von Parteilungen abzuhehen, kommt in dem unglücklichen Augenblick, in dem die Herrenhauskommission ihren Antrag auf Einführung eines berufständischen Wahlrechts dem Volk ins Gesicht geworfen hat. Das deutsche Volk führt einen schweren Kampf, dessen Lasten keineswegs gleich verteilt sind, und muß zugleich auch einen inneren Kampf um seine notwendigen Freiheitsrechte führen. Wenn es also Parteilungen gibt, kann sich der Kaiser dafür in keiner Linie bei keinem Herrenhaus bedanken!

#### Die Herausforderung des Herrenhauses

Die Herrenhauskommission hat ihre vierte Sitzung abgehalten, der ein konservativer Antrag auf Einführung eines Schöffenwahlrechts vorlag, das eine schöne Verhöhnung des Volkes, das das gleiche Wahlrecht will, bedeutet.

Der Minister des Innern Dr. Dreows hat den Antrag zurückgewiesen. Und doch hat er, wie der „Vorwärts“ feststellt, seine Pflicht nicht getan. Seine Pflicht war es, ohne ein Wort zu sprechen, die Türe hinter sich zuzuschlagen und eine Sitzung des Staatsministeriums zu veranlassen, die die sofortige Aufhebung des Abgeordnetenhauses verfügte.

Die Regierung ist gestern unter ihrer Aufgabe geblieben. Vor der Sitzung hatte der Reichskanzler mit Dr. Friedberg und Dr. Dreows konferiert. Die Herren wußten genau, was bevorstand. Und doch blieb die Antwort, die vom selbst gegeben war, die einzige Antwort, die dem Volk Achtung vor dieser Regierung einflößen konnte, aus!

Wie lange, so fragen wir, soll dies Spiel mit den vitalsten Volksinteressen noch dauern?

### Reichstagslandtag in München

Die durch die Mandatsüberlegung des Genossen v. Wolmar notwendig gewordene Reichstagserversammlung in München II ist als sozialdemokratischer Landtag der Landtagsabg. Erhard Müller aufgestellt worden. Ob sich das Zentrum an dem Wahlkampf beteiligen wird, steht noch nicht fest.

### Konservative Königstreue

Graf Hertling wird aus der Presse erfahren haben, daß er in seiner Herrenhausrede mit dem zweimaligen Hinweis auf den „Schutz und die Erhaltung von Krone und Dynastie“ nicht sehr glücklich gewesen ist. Gerade diejenigen Kreise, auf die seine Ausführungen in erster Reihe Einbruch machen sollte, lehnen sie ab. So heißt es in der Erwiderung der „Deutschen Tageszeitung“ auf die Herlingische Rede, daß es ein „Königswort“ bei der Frage des gleichen Wahlrechts überhaupt nicht gebe, und daß das Verprechen der Krone „bereits eingelöst“ sei. Aus dieser geschichtlichen Konstruktion, die an Kühnheit nichts zu wünschen übrig läßt, kommt dann das agrarische Blatt zu dem Ergebnis, daß Graf Hertling der „Totengräber der preussischen Monarchie“ sei. In ähnlicher Weise behauptet die „Kreuzzeitung“, daß Graf Hertling das Verdienst der Krone durch seine Begründung entwertet und in ein Verdienst der Sozialdemokratie, die diese Erwerbungsform ertümpelt, umgewandelt habe. Dazu sagt die „Kreuzzeitung“ natürlich garnicht drohend:

„Darüber, ob das Scheitern der Wahlreform wirklich eine Gefahr für Krone und Dynastie wäre, wird man verschiedener Meinung sein können. Im allgemeinen zeigt die Geschichte, daß nicht diejenigen Regierungen dem Ansturm der Massen erliegen sind, die stark genug waren, ihren unberechtigten Wünschen Widerstand zu leisten, sondern diejenigen, die sich auf die höchste Ebene der Zivilisationsstufe drängen ließen, die keinen zureichenden, immer aber den Eindruck der Schwäche machen. Man denke an 1848!“

Ebenso wie hier die „Kreuzzeitung“ jedes Zugeländnis an die „Waffen“ ablehnt, äußert sich die alldeutsche, „vaterlandsparteiliche“ „Schwerindustrie“, „Deutsche Zeitung“, das Organ des Baileirevolvers:

Wir beschränken uns darauf, die Wirkung hervorzuheben, die die Berufung des Ministerpräsidenten auf den Schutz der wertvollsten Güter unseres staatlischen Lebens, Dynastie und Krone bei den grundsätzlichen Gegnern des gleichen Wahlrechts haben muß. Diese können nicht anders als in ihrer ohnehin schon hinlänglich begründeten Ueberzeugung bekräftigt werden, daß das gleiche Wahlrecht als eine ausgesprochene Nachgiebigkeit gegenüber dem antimonarchischen Willen doch nur geeignet sein kann, diesen noch des weiteren zu kräftigen, statt die von ihm drohende Gefahr für Krone und Dynastie abzuwenden. Mißfälligkeit des monarchischen Willens gegenüber den Strömungen, die diesen Willen zu schwächen und schließlich ganz zu beseitigen suchen, hat noch niemals den von ihr erwarteten Erfolg gehabt. Die Geschichte beweist vielmehr allenthalben genau das Gegenteil.“

Der „Vorwärts“ sagt zu der glorreichen Erinnerung der „Kreuzzeitung“ an das Jahr 1848:

Jawohl, man denke an 1848! Man denke sich die Entwicklung, die damals einsetzte, weg und ein Preußen nach dem Herzen der „Kreuzzeitung“ in der gegenwärtigen Lage. In kürzester Zeit wäre es noch eilender zusammengebrochen als der russische Zerismus.“

Die „Danziger Neueste Nachrichten“ nennt die Rede Hertlings eine „schwere Entgleisung“, die noch schlimmer e Bezeichnung in der breiten Schicht hervorgerufen muß, als die Drohung mit schwerer innerer Erschütterung, die Graf Hertling, Dr. Dreows und Dr. Friedberg bei Einführung der Vorlagen im Abgeordnetenhause bezielten.

Die „Neueste Nachrichten“ scheinen über die Urteilsfähigkeit „der breiten Schicht“ über politische Fragen insbesondere der Wahlrechtsfrage, verdammt schlecht unterrichtet zu sein. Wenn von schlimmer Verwirrung die Rede sein kann, dann nur bei diesem alldeutschen Annerkennungsblick, das durch seine politische gemeingefährliche Haltung während der Kriegszeit in hohem Maße triegs-verlängernd wirkt.

### Ein „alldeutscher“ Reichskanzler

Mit Adleraugen und Löwenstimme.

Im bekannten alldeutschen Verlag von J. F. Lehmann-München ist eine Schrift des nicht minder bekannten Zülicher Pfarrers Bolliger erschienen. Sie heißt: „Deutschland am Scheidewege“ und ist ein Schrei nach dem starken Mann. Wie der aussehen muß, schildert der verdickte Priester des Mars in folgender Weise:

„An Reichskanzlerplatz stand ein neuer Mann, ein Gewaltiger in Generaluniform und im Stahlhelm, mit Adleraugen und mit grimmig entschlossenem Gesicht. Und er redete demütig und wie einer, der für das Vaterland nicht nur geschwafelt, sondern etwas zu seiner Rettung getan hat. ... Seine Rede war stark und drohend wie die Stimme des Löwen im Gebirge. Zuweilen klangen seine Worte nieder wie Peitschenhiebe, und dann glich der Reichstag einem Aehrenfeld, das der Wind bewegt; die Herren von der Mehrheit duckten sich unter den Schlägen. In heiligem Zorn rief er es den Volkserkennern zu: —

Es folgt nun, von Bolliger verfaßt, der Text der Rede, die der neue Mann zu halten hat. Also: die Rede ist schon da, ein Stahlhelm und eine Generaluniform werden sich auch beschaffen lassen, es fehlt nur noch der Mann mit Adleraugen und Löwenstimme. Leute mit den entsprechenden Eigenschaften können sich bei Lehmann melden.

### Wo der freie Handel herrscht

Welche Bucherpreise sich unter der Herrschaft des freien Handels entwickeln, dafür mögen folgende Meldungen aus Zeitungen, die als Vorkämpfer des freien Handels bekannt sind, Zeugnis geben.

Das „Berliner Tageblatt“ meldet: Für Dorpat, das zuletzt eine Tagesration von 50 Gramm verteilte, ist jetzt wieder der freie Handel mit Brot gestattet worden. Auf dem Markt werden 2 Mk. 80 Pf. pro Pfund bezahlt. In Riga, wo die Höchstpreise augenblicklich aufgehoben sind, kostet ein Pfund Brot 2 Mk. bis 2,50 Mk.

Und in der „Ahein-Welt“ Zeitung“ ist zu lesen: Ueber Lebensmittel- und Kleiderpreise in Rumänien (Malba) berichtet der rumänische Schriftsteller Lantovic in „La Bataille“ vom 29. Juli 1918: Es kosten dort ein Paar Schuhe 500—800 Fr., eine Kravatte 50 Fr., ein Kragen 1200—1500 Fr., ein Hut 150—200 Fr.; Handschuhe und Herrenwägen gibt es überhaupt nicht mehr. Damenkleidgegenstände: 1 Meter Seide von 250 Fr. aufwärts, 1 Meter Samt 300 Fr., 1 Paar Seidenstrümpfe 100—150 Fr.; alle übrigen Artikel entsprechend teurer. Brot wird nur noch in Jassy hergestellt. Es kostet sich zusammen aus 30 v. H. Nalmehl, 30 v. H. Erbsenmehl, 30 v. H. Gerstenehl und manchmal auch 10 v. H. Weizenmehl. In Kischinew in Bessarabien kostet 1 Brot 16—22 Fr., 1 Kilogramm Fleisch 12—15 Fr., 1 Kilogramm Butter 60 Fr., 1 Paket Schokolade von 60 Fr. aufwärts, 1 Kilogramm Reis 20 Fr., 1 Kilogramm Zucker 20 Fr., Kaufstift gibt es überhaupt nicht. In Jassy kauft man Heu und Stroh nach Allogramm; der Preis beträgt 1—1,50 Fr. für das Kilogramm, 1 Kilogramm Getreide oder Hager kostet 3 Fr. In voller Obzertel kosten 1 Kilogramm Kirschen 10—15 Fr., 1 Kilogramm Erdbeeren 60 Fr., usw.

So würde auch bei uns das Publikum ausgeraubt, wenn wir die öffentliche Bewirtschaftung, wie es der Antrag Rüdte will, nicht hätten!

### Stolowskische Wägen — Verschleppung von Kindern

Ueber 300 000 Kinder in einem Vierteljahr verschwunden!

Das ist das neueste amtliche Feststellungsergebnis über den Erfolg der mit so großen Worten angekündigten behördlichen Bekämpfung des Schlepphandels. In einem Rundschreiben des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamts von Waldow an die Bundesregierungen heißt es in etwas unklarer Darstellung unter anderem: „Der Bestand der Kinder über 3 Monate im Deutschen Reich hat in der Zeit vom 1. März bis 1. Juni 1918 um rund 882 000 Stück abgenommen. Die Ansprüche, welche in diesem Zeitraum durch die Umlagen der Reichsfleischstelle an den Viehstand gestellt wurden, betragen 598 242 Stück mehr, als der Viehstand bei einer normalen Abgabe von 4,5 Prozent ohne Verminderung hätte leisten können. Es sind demnach 239 077 Kinder ohne Nachweis des Verbleibs verschwunden. Dieser Umlageverlust wird auch nicht dadurch aufgehoben, daß etwa infolge des Minderbewichts oder etwa infolge der Unerfüllbarkeit der Schweineumlage eine wesentliche Erhöhung der Schlachtziffer der Kinder über die Umlage hinaus zu verzeichnen wäre. Im Gegenteil ergibt eine Vergleichung mit den angemeldeten Schlachtungen in Deutschland eine Fehlmengende von 334 030 Kindern, deren Verbleib nicht festgestellt ist.“

In welchem Umfang der Schlepphandel an dem Verschwinden von Kälbern und Schweinen beteiligt ist, ist zahlenmäßig schweriger festzustellen. Es steht aber fest, daß seit Verringerung des Schweinebestandes sehr zahlreiche Kälber heimlich geschlachtet werden, um im Schlepphandel zu verschwinden. Die Zahl der Schaf, die vom 1. April 1917 bis 30. März 1918 verbleibswidrig geschlachtet wurden, ist auf 1,3 Millionen zu berechnen.“

Also über eine Viertelmillion Kinder in einem Vierteljahr verschwunden! Das bedeutet einen Jahresverlust von weit über eine Million. Dazu kommen 1,3 Millionen Schafe, ohne die ungezählten Kälber und Schweine. Wer aber bürgt dafür, daß diese Zahlen richtig sind? Bei der lüdenhaften Statistik kann der Verlust mit gutem Recht weit höher angeschlagen werden. Der energielose Wirtschaft der betreffenden Reichsstellen haben wir die Herabsetzung der Fleischrationen und nun auch noch die fleischlosen Wägen zu verdanken, von denen man heute schon sagen kann, daß sie sich zu einer dauernden Einrichtung auszuwachsen werden. Mit dieser Aussicht ist aber der Wirkungskreis, den das Verschwinden von Millionen Kindern zur Folge haben muß, noch lange nicht geschlossen!

Angesichts dieser Zustände wirkt es mildernde komisch, wenn sich der Staatssekretär von einer vermehrten Bekämpfung der Landwirte Erfolg verspricht! Rückföhllose Laffkraft allein kann uns aus diesen Zuständen hinausführen. Aber gerade daran mangelt es am meisten, wenigstens den geeigneten Objekten gegenüber.

### Rußland

#### Die Sowjet-Regierung an die zivilisierte Welt

Moskau, 5. September. (P. T. U.) Unerhörte bestialische Verbrechen werden in unserem Lande verübt. Die englische und die französische Bourgeoisie, die sich mit ihrer friedlichen demokratischen Gesinnung brüsten, haben sich zur Aufgabe gesetzt, die Monarchie in Russland wiederherzustellen. Die Agenten des französischen und englischen Kapitalismus, darunter auch offizielle Vertreter der französischen und der englischen Regierung, haben mit zaristischen Generalen, mit den zum Schwarzen Hundert gehörenden Offizieren, mit der Kadettenpartei der Feinde des Volkes, und mit den verräterischen rechten Sozialrevolutionären und Menschewisten, einen engen Bund geschlossen. Nicht genug, daß diese Herrschaften die tschecho-slowakischen Banden gemietet und sie geschickt haben, unsere Säaten zu plündern, unsere Städte zu zerstören und unsere Brüder zu töten, nicht genug, daß sie durch Artilleriefeuer Archangel und Onga zerstört haben; jetzt haben sie, die anglo-französischen Kapitalisten, durch gemietete Mörder eine ganze Reihe terroristischer Attentate auf die Vertreter der Arbeiterregierung organisiert. Unsere Städte sind gedrängt voll von anglo-französischen Spionen. Sack voll anglo-französischen Goldes werden zur Bestechung von allerlei Schurken verwendet. Die tschechischen Mörder von Wolodarski und Ustjuz und die Anführer der Attentate auf Lenin und auf Sinowjew sind die Engländer und die Franzosen. Wir haben durchaus genaue und einwandfreie Unterlagen dafür, daß die offiziellen englischen Vertreter die Sprengung der Eisenbahnbrücken bei Jwemki und bei Tscherepowez vorbereiteten, um uns von Penn und vom Baltik und somit von jeder Getreidezufuhr abzuschneiden. Sie bereiten eine Reihe von Sprengungen unserer Fabriken und Werkstätten und Entgleisungen von Eisenbahnzügen vor. Sie haben eine Reihe von Attentaten schon ausgeführt, kurz, sie machen alles mögliche, um ihre tschecho-slowakischen zu unterstücken, den russischen Gutsbesitzern ihr Land zurückzugeben, die Arbeiter in die neue Sklaverei zu drängen, und uns zu zwingen, gegen die Deutschen, ihre Konkurrenten, einen neuen Krieg zu eröffnen. Die englischen Mörder sehen in Gedanken Russland als ihre Kolonie an. Sie wollen mit uns ebenso verfahren, wie sie in der 99er Jahren des 19. Jahrhunderts mit China verfahren. Die Räuber des europäischen Imperialismus, diese schändlichen Erwürger der Freiheit, sind zu allem bereit. Den Genossen Urisky haben sie ermordet, weil er die Fäden einer englischen Verschwörung in Petersburg in seine Hand bekommen hat, doch den englischen Agenten ist es nicht gelungen, die Spuren ihrer gemeinen Verschwörung zu verwischen. Am 31. August, 6 Uhr abends, wurde durch unsere Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution im Gebäude des englischen Konsulats in Petersburg eine der Hauptgruppen der englischen Verschwörer erwidert. Bei einer Verschwörer-Versammlung im Gebäude des Konsulats wurden 5 russische Gegenrevolutionäre, darunter der junge Fürst Schachowskoj und gegen 25 englische Agenten verhaftet. Es wurden dort beschlagnahmt: eine Menge Waffen und ein umfangreicher Briefwechsel, der von uns veröffentlicht werden wird und der die englischen Verschwörer völlig bloßstellen wird. Als die Vertreter unserer Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution im Konsulatsgebäude erschienen, haben die englischen Verschwörer mit dem Hauptmann Cromie an der Spitze Feuer auf sie eröffnet und haben unseren Genossen Janson gefötet und die Genossen Schekotmann und Bornowstsch schwer verwundet; der letztere liegt jetzt im Erben. Durch Zeugenaussagen einiger der Verhafteten wurde festgestellt, daß außer den obenangeföhlten Verbrechen, die englischen Agenten die Sprengung der wichtigsten Brücke über die Newa, welche die Nilowaschbahn mit Finnland verbindet, vorbereiteten. Ebenso wurde die Festnahme des Sowjets der Volkskommissare geplant.

Die ganze Welt weiß es, daß wir den Krieg mit England und Frankreich nicht gesucht haben und ihn auch jetzt nicht wollen. Wir wollen den Frieden des Sozialismus. Wir wollen, daß es den russischen Arbeitern und Bauern überlassen werde, ihr Leben so einzurichten, wie das Volk es wünscht. Wir würden niemals die Freiheit eines einzigen Franzosen oder Engländers angelastet haben, wir würden niemals das Gebäude der Volkshaft durchschlagen haben. Doch wir können nicht schweigen und alles über uns ergehen lassen, wenn die Volkshaft sich in eine Verschwörer- und Mörderhöhle verwandelt, wenn offizielle Persönlichkeiten, in unseren Territorien wohnend, ein Netz von blutigen Intrigen und bestialischen Verbrechen gegen unser Land flechten. Wir müssen, daß die tschechische Presse in England und in Frankreich nicht die Wahrheit über die Ereignisse in Petersburg lügen wird. Man wird dort versuchen, das englische und französische Volk zu täuschen. Doch die Wahrheit wird siegen. Die ganze zivilisierte Welt wird erfahren, mit was für dunklen Verbrechen die Agenten des anglo-französischen Kapitalismus sich befleckt haben, gez.: Der Vorsitzende des Sowjets der Volkskommissare des Nordens: G. Sinowjew.

gez.: Der Vorsitzende der außerordentlichen Kommission: Derschinski. gez.: Der Kriegskommissar: B. Kofern. gez.: Der Kommissar für Volksaufklärung: M. Lunatscharsky.

Siehe zu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur J. Gehl, Danzig. Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig. Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

**Besonders preiswerter Verkauf**  
in unserer Spezial-Abteilung für bessere

# Herren- und Kinder-Kleidung

Herren-Jackett-Anzüge  
Herren-Gehrock- und Rock-Anzüge  
Herbst- und Winter-Mäntel  
Joppen  
Fahr- und Reiseummäntel  
Beinkleider

aus soliden schwarzen und farbigen Stoffen  
in bester moderner Verarbeitung  
mit und ohne Futter  
aus besonders schweren, warmen Stoffen  
in verschiedensten Preislagen

## Gehpelze, Sportpelze, Reisepelze

In grösster Auswahl

**Mass-Anfertigung**  
in erstklassiger Ausführung zu mässigen Preisen

Wenden und Umarbeiten  
von Anzügen und Mänteln  
in kürzester Zeit unter billigster Preisberechnung

# Walter & Fleck

Abteilung  
Herren- und Kinder-Kleidung

**Schlachtdankfester Vere. Danzig-Stadt**  
Danzig, 4. Stamm  
Montag den 16. September, abends 8 Uhr  
im Grosshansischen Lokale in Schiffs-  
anfertordentl. Mitgliederversammlung  
Tagesordnung: 1. Fortsetzung der Debatte über das in der  
letzten Versammlung behandelte Thema. 2. Stellungnahme zur Wahl-  
rechtsfrage. 3. Berichtlesen.  
Bitte können eingeführt werden. Zahlreichen Besuch der Mit-  
glieder erwartet.  
Der Vorstand, Joh. Krahn.

## Verordnung.

Auf Grund des § 1 b des Belagerungsgesetzes vom 4. Juni  
1851 wird mit Geltung für den Befehlsbereich der Festungskomman-  
dantur Danzig angeordnet:

1. Jede unmittelbare oder mittelbare Steigerung der Mieten  
für Wohnungen aller Art, Geschäftsräume usw., also auch die Be-  
lastung mit Nebenleistungen, die Auferlegung von Teuerungszu-  
lagen usw., sowie jede Kündigung bedarf der vorherigen Ge-  
nehmigung des zuständigen Einigungsamtes beziehungsweise der  
die Tätigkeit des Einigungsamtes ausübenden Gerichtsbehörde.
2. Partivereinbarungen über Mietserhöhungen sind nichtig.
3. Dem Mietseinigungsamt bzw. der Gerichtsbehörde ist  
anheimgegeben, statt einer Mietserhöhung eine Teuerungszu-  
lage festzusetzen.
4. Alle Mietsteigerungen, die zum 1. Oktober 1918 ver-  
einbart, jedoch vom Mietseinigungsamt bzw. der sie vertretenden  
Gerichtsbehörde noch nicht genehmigt sind, sind nichtig. Die Ge-  
nehmigung kann auf Antrag nachträglich erteilt werden.
5. Im übrigen bleiben die Bestimmungen der Bekannt-  
machung des Bundesrates vom 28. Juli 1917, nebst den dazu er-  
gangenen Anordnungen in Kraft.
6. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem  
Jahr oder mit Geldstrafen geahndet.
7. Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Danzig, den 11. September 1918. 319  
Der Kommandant der Festung Danzig,  
von Pfael,  
Generalleutnant.

## „Sozialdemokratische Feldpost“

Das Blatt der organisierten Arbeiter im Felde.  
Der die „Sozialdemokratische Feldpost“ liefert, ist laufend über alles  
Wichtige unterrichtet, was auf politischem und mili-  
tärischem Gebiete vor sich geht, welche Entwicklung in  
Partei, Gewerkschaften, Genossenschaften, Sport- und  
Abendvereinen sich vollzieht, welche Stellung die  
Arbeiterklasse des Auslandes einnimmt. Daneben  
auch für Unterhaltungsstoff reichlich Platz.  
Sie erscheint am 1. und 15. jeden Monats.  
Bezugspreis:  
1.— Mk. ins Feld in geschlossenen Umschlag 1 Mk. vierteljährlich.  
Verlangen Sie kostenlose Probenummern vom  
Verlag für Sozialwissenschaft Berlin SW 68.

## Stadttheater Danzig

Direktion: Rudolf Schaper.  
**Eröffnung der Spielzeit 1918/19**  
Sonntag, den 15. September 1918  
Jugend- und Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Zum ersten Male:  
**„Silbebrand“**  
Ein Drama in 3 Akten von Heinrich Villenlein. In Szene gesetzt von  
Anfang 7 Uhr. Ende 9 1/2 Uhr.  
Direktor Rudolf Schaper.  
Montag, 16. September, abends 7 Uhr. Jugendkarten haben keine  
Gültigkeit, Dauerkarten A. zum ersten Male: **„Der goldene  
Spiegel“**, Lustspiel in 3 Aufzügen von Max Bernstein u. L. Heller.  
Dienstag, 17. September, abends 7 Uhr. Jugendkarten haben keine  
Gültigkeit, Dauerkarten B. neu einstudiert: **„Rose Bernd“**,  
Schauspiel in 5 Aufzügen von Gerhart Hauptmann.  
Mittwoch, 18. September, abends 7 Uhr. Jugendkarten haben keine  
Gültigkeit, Dauerkarten C. zum zweiten Male: **„Silbebrand“**,  
Drama in 3 Akten von Heinrich Villenlein.  
Donnerstag, 19. September, abends 7 Uhr: **„Der goldene Spiegel“**  
Freitag, 20. September, abends 7 Uhr: **„Rose Bernd“**.  
Sonabend, 21. September, abends 7 Uhr: **„Silbebrand“**.  
Sonntag, 22. September, abends 7 Uhr: **„Die beiden Leonoren“**,  
neu einstudiert, Lustspiel von Paul Hindau.

**Trauer-**  
Hüte  
in  
reiner  
Auswahl  
Blusen  
Handschuhe  
zu billigsten  
Preisen  
Julius  
**Goldstein**  
Lawendelgasse 4, gegenüber der Markthalle

In  
der **„Ostbahn“** in **Ohra**  
spricht am Freitag, den 20. September, abends 8 Uhr  
Herr Prediger u. philos. Schriftsteller **Taessler** über:  
**„Der Sinn u. Wert des Lebens  
angesichts des Todes“**.  
Inhalt: Der Zug des Todes. Hat das Leben ewigen Sinn und Wert?  
Das religiöse und philosophische Bedürfnis des modernen Menschen. Der  
gemeinsame Wahrheitsgehalt in allen Religionen.  
Nach dem Vortrag Beantwortung von Fragen.  
Hierzu ladet jedermann, ohne Unterschied der Konfession, ein  
**Arbeiterbildungsausschuss für Danzig u. Westpreussen.**  
(Büro: 4. Stamm 7 II. Fernruf: 3103). 321  
Der Eintrittspreis beträgt im Vorverkauf 50 Pf., an der Kasse 1.00 Mk.  
Eintrittskarten sind in all. Gewerkschaftsbüros, der Buchhandlung „Volkswacht“,  
Zigarrenfabrik von Sellin, Schlüsselbaum 56 und allen Vertretungspersonen zu haben.

**„Volkshilfe“**  
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche  
Versicherungsgesellschaft  
Günstige Tarife für Erwachsene  
und Kinder. Kein Policeverkauf  
Für zeitliche Beiträge von der  
Kassengasse 16 Danzig  
Kassenschrift, Kassendaten 36

**Achtung! Stadtverordnetenwahl!**  
Jeder Preuze, der das 24. Lebensjahr überschritten hat und seit 1. September 1917  
in Danzig wohnt, ist wahlberechtigt, auch wenn er zum Heeresdienste einberufen ist (Ab-  
kommandierte, Beurtaubte). Voraussetzung ist, daß sein Name in der Wählerliste steht.  
**Seht deshalb die Wählerlisten ein!**  
**Neue Bürger Danzigs, macht Gebrauch von Eurem vornehmsten Gemeinderecht!**  
Die Listen liegen im Rathaus, Rangasse 47, aus, werktäglich 8-12 und 3-6.  
Sonntag 9-1 letzter Tag.  
320  
Ausschuß für Gemeindegewerkschaft im Mieterverein.